



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
Blaue Post Bautzen - Ausgabe Mai 2021 - Druckfrisch eingetroffen	5
Termine – Kreisverband Bautzen.....	6
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	6
Jetzt AfD-Mitglied werden!.....	6
Hilse versus Schmidt Einfach frei leben!.....	7
Webseite Karsten Hilse, MdB	7
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	7
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 16.5.2021	7
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.5.2021	9
AfD-Anfrage: Kein Ende der Beschränkungen in Sicht	9
Erneut Anschlag auf AfD-Büro: Wo bleibt der Aufschrei in Medien und Politik?.....	10
Haushalt: Rotstift bei Ministerien und Asylpolitik ansetzen!	10
Klimaschutzgesetz: Kein Kohleausstieg bereits 2030.....	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.5.2021	12
Bahnverkehr im ländlichen Raum stärken!	12
Diätenerhöhung der Regierung ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger	12
Unterrichtsausfall ist eine Katastrophe für die ganze Gesellschaft!.....	12
Corona-Bericht der Regierung: Geben Sie den Sachsen ihre Freiheit zurück!.....	13
Grüner Minister klagt AfD-Antrag! Rehe vor Mähmaschinen schützen!	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.5.2021	14
Keine Steuergelder für versteckte CDU-Werbung!	14
AfD zum Haushalt: Familien stärken, statt Ministerien aufblähen!	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.5.2021	15
CDU übernimmt ungeprüft den Unfug grüner Klima-Ideologen.....	15



Neues von der Alternative für Deutschland	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 15./16.5.2021	16
Grenzen sichern, illegale Migration verhindern!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.5.2021	16
FDP will nun auch Strukturreform des ÖR – AfD bleibt das Original	16
Herr Altmaier, sorgen Sie für Rohstoffsicherheit!	17
Entscheidungsgrundlagen für Merkels Corona-Politik gehören umgehend auf den Prüfstand	18
Türkei auf Anti-Israel- und Anti-Armenien-Kurs kann kein Partner Deutschlands sein	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.5.2021	19
Lebensmittelpreise ziehen stark an! Selbstversorgung Deutschlands muss zunehmen!	19
Deutschland allein kann Hunger und Not auf der Welt nicht beseitigen	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.5.2021	20
Baerbock ‚vergaß‘ Einkünfte beim Bundestag zu melden	20
Der größte Kollateralschaden von Merkels Corona-Politik sind die psycho-sozialen Schäden an unseren Kindern und Jugendlichen	21
Rücktritt von Familienministerin Giffey kommt viel zu spät	22
„Amazon“ missbraucht seine Marktmacht und zahlt kaum Steuern	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.5.2021	23
Der Parteivorsitz darf kein lukratives Geschäft sein	23
Das Erbe des „Deutschen Mai“ und der 1848er gehört allen Demokraten	24
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.5.2021	25
EU will Global Player sein, kann sich aber nicht mal mit der Schweiz einigen	25
Sofortige Aufklärung des „DiviGate“	25
Keine Zustimmung für Impfstoff-Notfallzulassung für Kinder	26
Antisemitische Ausschreitungen sind direkte Folge der Merkel'schen Einwanderungspolitik	26
Keine Beteiligung der Türkei an einem EU-Verteidigungsprojekt	27
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.5.2021	27
Änderung des Grundgesetzes zu „Kinderrechten“ ist weder nötig noch sinnvoll	27
Konsequente Anwendung des EuGH-Urteils – sofortige Abschiebung aus Ceuta	28
Böhmermanns Kritik an Senkung des Rundfunkbeitrags ist billige Realsatire	29
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.5.2021	29
Verbindungen einer vom Bund geförderten NGO zu palästinensischer Terrorgruppe – Bundesregierung verschleierte Finanzierung	29



Statt des entschlossenen Kampfes gegen den importierten islamischen Antisemitismus nur das übliche Geschwafel von der Bundesregierung	30
Rücktritt von Frau Giffey ein Segen für Familien und Kinder	31
Anstiftung zur Geschlechtsumwandlung in der Pubertät ist ein Verbrechen	31
PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.5.2021	32
Schulen müssen endlich wieder geöffnet werden	32
Kinder- und Jugendpsychiatrien am Corona-Limit	32
Weg zum BGH unvermeidbar	33
Nationale Tourismusstrategie gänzlich gescheitert?	33
Ja zum Verbot des grundlosen Kükentötens	34
Nur die AfD-Fraktion steht ein für Meinungsfreiheit im Urheberrecht	34
„Diplomats of Color“ im Auswärtigen Amt – Obskure Minderheitenvereinigung mit antisemitischem Hintergrund?	35
Video-Empfehlungen	36
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	36
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	36
Kanal von AfD Kompakt TV	36
Wochenendpodcast der AfD	36
AfD im EU-Parlament	36
Meldungen aus Deutschland und der Welt	37
Vermischtes aus Deutschland und der Welt	37
Franziska Giffey tritt zurück	37
Giffey tritt zurück: Nachfolgerin steht fest	37
Baerbock meldet Nebeneinkünfte beim Bundestag nach	37
Gegen Macron und EU: Millionen Franzosen laufen zu Marine Le Pen über	37
HÖHERE DIÄTEN! SÄCHSISCHER LANDTAG BESCHLIESST UMSTRITTENES ABGEORDNETENGESETZ	37
Änderungsanträge zum Transsexuellengesetz abgelehnt: FDP und Grüne enttäuscht	37
Informationen zum Coronavirus	37
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	37
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	37
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	37
Mehrere Tausend Corona-Infektionen bei vollständig Geimpften	37
USA macht sich frei: Masken in 24 Staaten weg, Paniker verzweifelt	38



Ausbruch trotz vollständiger Impfungen: 17 Corona-Fälle in Seniorenheim	38
Corona-Infos für Sachsen	38
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	38
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	38
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	38
Corona: Mehr als 1.000 Neuinfektionen in Sachsen	38
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	38
Junger Mann sticht in Bremer Innenstadt auf 46-jährige Frau ein.....	38
Mutmaßlicher afghanischer Bahnhofsschubser festgenommen: AfD fordert Konsequenzen ..	38
Tausende Migranten erreichen spanische Enklave	38
Fakten in Bildern	39
Achtung Satire!	40
Kommunalmandate im KV Bautzen	41
PRESSE-ARCHIV.....	41
SPENDENKONTO.....	41
KONTAKT:.....	41



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Blau e P o s t B a u t z e n - Ausgabe Mai 2021 - Druckfrisch eingetroffen

Die Mai-Ausgabe der Blauen Post Bautzen ist eingetroffen und kann an den bekannten Stellen abgerufen und abgeholt werden.

Bitte unterstützen Sie uns wie immer tatkräftig bei der Verteilung, nutzen Sie einen Spaziergang an der frischen Luft um die Briefkästen in Ihrer Umgebung mit blauen Nachrichten zu befüllen.

Weitere Themen dieser Ausgabe:

- Die Bundesnotbremse
- Der Dexit-Beschluss von Dresden
- Anträge und Aktivitäten der AfD-Kreistagsfraktion
- Mehr Herz für Tiere!
- Teilschulnetzplan und Camping in der Oberlausitz - Artikel von Frank Peschel
- AfD Cunewalde spendet für gemeinnützige Zwecke
- Blühende Landschaften - oder was der Lausitz blüht
- Haushaltsplanung der Stadt Pulsnitz

Machen Sie mit, unterstützen Sie unsere AfD!





Termine – Kreisverband Bautzen

Do	03.06.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Mi	09.06.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Di	15.06.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	16.06.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	17.06.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	17.06.21	19.00 Uhr	Kamenz - Markt	KUNDGEBUNG AfD-Kreisverband Bautzen zum Gedenken an die Aufstände des 17. Juni 1953 mit Alexander Gauland, Jörg Urban und Karsten Hilse

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Jetzt AfD-Mitglied werden!

Es ist gut möglich, dass das Jahr 2021 zu einem Jahr der folgenschweren politischen Richtungs-Entscheidungen werden könnte – neben der Bundestagswahl im Herbst stehen zahlreiche Landtagswahlen in den Bundesländern an. Auf Bundesebene droht erstmals eine Regierungs-Vermählung der ohnehin vergrüneten Merkel-CDU mit den Grünen. Dieses Szenario wollen wir unbedingt verhindern – und vor allem für eine noch stärkere AfD im Bundestag sorgen! Hier ist Ihre Gelegenheit, uns dabei zu unterstützen und Teil einer großartigen Gemeinschaft zu werden!

Acht Jahre nach ihrer Gründung am 6. Februar 2013 ist die AfD mit rund 32.000 Mitgliedern bereits eine große Familie, die für eine grundlegende politische





Erneuerung eintritt. Doch diese Familie könnte noch größer sein! Jedes einzelne Mitglied ist von großem Nutzen, denn im Vergleich zu den alten Ex-Volksparteien haben wir bei den Mitgliederzahlen immer noch eine große Wachstumsphase vor uns. Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer AfD-Veranstaltung in Ihrem Umkreis vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild! Oder noch besser: Füllen Sie hier gleich Ihren Mitgliedsantrag aus und leisten Sie damit Ihren Beitrag dazu, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft haben wird: www.jetztafd.de

Hilse versus Schmidt Einfach frei leben!

<https://www.youtube.com/watch?v=4G4PpxDb1s0>

Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online. Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 16.5.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

die Entscheidung darüber, wohin Ihre Steuergelder fließen, wird gern als das „Königsrecht des Parlaments“ bezeichnet.

Bei dieser Formulierung schwingt viel Stolz mit. In Demokratien sind Volksvertreter dafür vorgesehen zu bestimmen, welche Ausgaben sinnvoll sind und welche nicht. Die Regierung gerät somit unter Zugzwang. Sie muss den Volksvertretern schlüssig nachweisen, ob die von ihr geplanten Vorhaben notwendig und finanzierbar sind.



Ebenso ist es aus guten Gründen den Volksvertretern vorbehalten, den Daumen zu heben oder zu



senken, wenn sich die Regierung selbst vergrößern möchte, neue Aufgabengebiete für sich beansprucht oder Geschenke für bestimmte Interessengruppen verteilen will.

Das Königsrecht des Parlaments in den Haushaltsverhandlungen soll damit wirkungsvoll die Machtfülle der Regierung begrenzen, den Missbrauch von Steuergeldern unterbinden und dafür sorgen, dass der Staat Projekte zum Wohle aller realisiert, anstatt eine Selbstbedienungsmentalität zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund sind die Haushaltverhandlungen des Sächsischen Landtages in der nächsten Woche die wichtigsten Sitzungen des ganzen Jahres. Insgesamt sollen für 2021/22 knapp 43 Milliarden Euro verteilt werden.

Rund 40 Prozent dieses Batzens sollen dabei direkt beim Freistaat Sachsen für die Bezahlung eigenen Personals verbleiben. Das erscheint uns viel zu viel.

Problematisch ist insbesondere, dass die CDU-geführte Regierung von Michael Kretschmer seit Beginn der Legislaturperiode die Ministerien immer weiter aufbläht, um dort zuhauf fachlich ungeeignete Parteikarrieristen, Wahlverlierer und Verwandte unterzubringen. Bezeichnenderweise profitierte davon sogar die Frau des Ministerpräsidenten. Sie erhielt einen lukrativen Referatsleiterposten in einem neu geschaffenen Referat im Sozialministerium.

Es wäre die Aufgabe des Parlaments, solche Auswüchse von Vetternwirtschaft konsequent zu verhindern. Doch einzig unsere AfD-Fraktion und der Landesrechnungshof üben Kritik an dieser Selbstbereicherung.

Die Altparteien hingegen haben sich den Staat zur Beute gemacht. Und sie wollen noch einen obendrauf setzen. Sollte nächste Woche kein unerwartetes Wunder geschehen, erhalten in Zukunft die Landtagsfraktionen deutlich mehr Geld und die Abgeordneten eine erhebliche Erhöhung ihrer Pauschale zur Einstellung eigener Mitarbeiter.

Gerechtfertigt wird dieser erneute unverschämte Griff in die Staatskasse übrigens damit, dass man ja zumindest bereit war, die Diätenerhöhung auf den 1. April 2022 um einige Monate zu verschieben. Das ist leider kein Aprilscherz, sondern zeigt auf erschreckende Weise, wie eigennützig die Altparteien mit der demokratischen Errungenschaft des parlamentarischen Königsrechts umgehen.

Ich möchte daher heute noch einmal an das Gewissen jedes einzelnen sächsischen Landtagsabgeordneten appellieren. Stoppen Sie diese Selbstbedienung und stellen Sie sich dabei notfalls auch gegen Ihre eigene Partei, um Schaden von der Demokratie abzuwenden!

Vertrauen in die Demokratie kann nur entstehen, wenn wir im Parlament Projekte auf den Weg bringen, die der breiten Mehrheit der Bürger helfen. Deshalb haben wir diese Woche eine Reihe von Maßnahmen vorgestellt, die unser leider geburtenarmes Land in eine familienfreundliche Gesellschaft verwandeln.

Unter anderem schlagen wir vor, ein kostenloses Vorschuljahr im Kindergarten zu ermöglichen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein sächsisches Baukindergeld ein, das den Erwerb eines Eigenheims unterstützt. Und wir beantragen ein sächsisches Landeserziehungsgeldes zwischen



750 und 1500 Euro pro Monat, damit sich auch berufstätige Eltern für die Erziehung ihrer Kinder entscheiden können.

All das und noch vieles mehr ist finanzierbar, wenn wir die übergroße Verwaltungsbürokratie des Freistaates verschlanken, und wenn man in Sachsen damit aufhört, für linksgrüne Ideologie-Projekte das Geld zum Fenster herauszuwerfen.

Für jeden Bürger machen die Haushaltsverhandlungen sichtbar:

Wer sich mit einem aufgeblähten, ineffektiven Staat zufrieden gibt, der Politik für ausgewählte Interessengruppen und Minderheiten macht, ist bei den Altparteien gut aufgehoben.

Bevorzugen Sie jedoch eine soziale und familienfreundliche Politik für die Mehrheit der Bürger und einen effektiv arbeitenden Staat, sollten Sie sich hinter die AfD stellen.

Ich bin mir sicher, dass Sie sich in Zukunft für die richtige Alternative entscheiden.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

PS: Hier finden Sie unser Maßnahmenpaket „Starke Familien für Sachsens Zukunft!“:

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/05/starke-familien-fuer-sachsens-zukunft.pdf>

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/4051552714936595/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.5.2021

AfD-Anfrage: Kein Ende der Beschränkungen in Sicht

Das bisherige offizielle Ziel der sächsischen Corona-Maßnahmen war, eine Inzidenz von unter 50 zu erreichen. Deshalb fragte der AfD-Abgeordnete [Thomas Prantl](#) bei der Staatsregierung nach, ob beim Erreichen dieser Inzidenz die Beschränkungen aufgehoben werden. Antwort: Diese Frage „ist noch nicht entschieden“ ([7/6052](#)).

„Es ist mehr als verantwortungslos, den Bürgern nach fast sieben Monaten Endlos-Lockdown immer noch keine Perspektive aufzuzeigen“, kritisiert Prantl. „Viele sind mit den Nerven am Ende oder ihre berufliche Existenz ist zerstört. Tourismus und Gastronomie brauchen endlich einen Plan, wie sie trotz der massiven Verzögerungen in die Saison starten können.“

Zudem ist es fahrlässig von CDU-Ministerpräsident Kretschmer, die Grundrechte der Bürger von ihrem Impfstatus abhängig machen zu wollen. Das Grundgesetz wird so mit Füßen getreten und eine Impfpflicht durch die Hintertür eingeführt.

Die AfD fordert ein sofortiges Ende des Lockdowns. Die Kollateralschäden dieser Holzhammer-Corona-Politik sind deutlich größer als ihr geringer gesundheitlicher Nutzen. Andere Länder wie Schweden oder der Bundesstaat Florida zeigen, dass man ohne Lockdown mit dem Virus leben kann.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-kein-ende-der-beschaenkungen-in-sicht/>



Erneut Anschlag auf AfD-Büro: Wo bleibt der Aufschrei in Medien und Politik?

Auf das Büro des AfD-Landtagsabgeordneten [Thomas Thumm](#) in Schwarzenberg wurde in der Nacht zum Sonntag erneut ein feiger Anschlag verübt. Scheiben und Fassade des Büros wurden großflächig mit Teer beschmiert. Es entstand ein Schaden von etwa 7.000 Euro.

„Ich bin entsetzt über die Gewalt mutmaßlicher Linksextremisten auf demokratisch gewählte Volksvertreter“, erklärt Thumm. „Bereits zum dritten Mal greifen sie mein Büro an. Die Verwendung von schwer abwaschbarem Teer stellt dabei eine neue Eskalationsstufe dar.“

Die AfD ist die Partei in Sachsen, deren Politiker mit weitem Abstand am meisten attackiert werden. Umso mehr verwundert mich, dass es in Medien und Politik keinen Aufschrei über diesen linken Terror gibt. Ganz aktuell berichtet z.B. dpa über dieses Thema, ohne Ross und Reiter offen zu benennen. Die Nachrichtenagentur schreibt nur allgemein von Angriffen auf Politiker und suggeriert so, es wären alle Parteien gleich betroffen.“

Anhang: Laut den letzten offiziellen Zahlen von 2019 wurde die AfD 52-mal Opfer von Straftaten, während alle anderen Parteien zusammen nur 41-mal Opfer waren (Drs. [7/3463](#)). Die Täter kamen fast ausschließlich aus dem linksextremistischen Spektrum.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/erneut-anschlag-auf-afd-buero-wo-bleibt-der-aufschrei-in-medien-und-politik/>

Haushalt: Rotstift bei Ministerien und Asylpolitik ansetzen!

Zum anstehenden Haushaltsplenum erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#): „Wir fordern die CDU-geführte Regierung dazu auf, ihre Prioritäten bei der Steuergeldverteilung grundsätzlich zu überdenken. Würde die Regierung in den Ministerien sparen und ihre Politik der offenen Grenzen beenden, stünden auf einmal mehrere hundert Millionen Euro für soziale Zwecke zur Verfügung. Es wäre dann z.B. möglich, flächendeckend in ganz Sachsen ein kostenloses Vorschuljahr im Kindergarten anzubieten. Sachsen muss ein familienfreundliches Land werden. Das können wir erreichen, indem wir an den richtigen Stellen den Rotstift ansetzen.“



Einsparpotential im Doppelhaushalt aus Sicht der AfD-Fraktion

1. Minderung Personal in Ministerien und Verringerung der Personalausgaben insgesamt: ca. 250 Millionen Euro als Minimum (vgl. Drs. 7/6199)
2. Deutliche Senkung der Kosten für Asyl- und Migrationspolitik (Kosten für unbegleitete, minderjährige Ausländer; Integrationsleistungen und soziale Betreuung; Erstaufnahme ...): von insgesamt 800 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro
3. Reduzierung der Risikovorsorge bei

Extremwetterereignissen, Förderung der Klimafolgenanpassung sowie Umsetzung von CO₂-Minderungszielen / Regierung plant hier mit über 100 Millionen Euro => Umleitung in Forschung Kernenergie



4. Kürzungen bei der Öffentlichkeitsarbeit des Freistaates Sachsen: bis zu 10 Millionen Euro
5. Kürzung bei sogenannter „politischer Bildung“ und „Demokratieerziehung“ aufgrund ideologischer Einseitigkeit um insgesamt 6 Millionen Euro
6. Geringere Fraktionsgelder: Einsparung von jährlich 2,3 Millionen Euro (also insgesamt 4,6 Mill. Euro)
7. Streichung der Entwicklungshilfe, da Aufgabe des Bundes: jährlich über 600.000 Euro
 - **Hintergrund:** In der Mittelfristigen Finanzplanung der Staatsregierung sind ab dem Jahr 2023 ungedeckte Ausgaben von 2,2 Milliarden Euro geplant.
 - **13-Punkte-Plan „Starke Familien für Sachsens Zukunft!“**
<https://afd-fraktion-sachsen.de/haushalt-rotstift-bei-ministerien-und-asylpolitik-ansetzen/>

Klimaschutzgesetz: Kein Kohleausstieg bereits 2030

Das neue Klimaschutzgesetz der CDU-geführten Bundesregierung bedeutet einen Kohleausstieg bereits 2030 und einen massiven Ausbau von [Windrädern](#), berichtet die Süddeutsche Zeitung. Mehrere große [Wirtschaftsverbände](#) kritisieren die „hektische Verschärfung“ der nationalen Klimaziele und warnen vor einer Abwanderung der Industrie. Damit würde die CO₂-Einsparung nur auf andere Länder verlagert werden, berichtet die WELT.

[Jan Zwerg](#), energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Bereits der Kohleausstieg 2038 wird die Lausitz zum Armenhaus von Sachsen machen. Zehntausende gutbezahlte Jobs werden wegfallen und viele Einheimische zum Abwandern zwingen. Den Kohleausstieg nun noch eher durchzudrücken, ist hochgradig verantwortungslos.“

Weiterhin kann die Regierung ihre Ziele nur erreichen, wenn Tausende Windräder nahe an Wohnhäusern und im Wald gebaut werden. Damit nimmt sie gravierende Schäden in der Natur und der [Gesundheit](#) der Anwohner schulterzuckend in Kauf.



Zudem verschweigt man den Bürgern die exorbitanten Kosten. Nicht nur Benzin- und Energiepreise werden deutlich steigen, sondern durch Umlage dieser Kosten wird am Ende alles teurer. Viele Unternehmen werden ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und Arbeitsplätze und Wertschöpfung ins Ausland verlagern.

Die Politik der regierenden CDU ist schizophren: Ein weltweites Problem kann gar nicht im nationalen Alleingang gelöst werden. Deutschland ist dann zwar Moral-Weltmeister, wird aber deindustrialisiert und muss Kohlestrom aus dem Ausland importieren, wenn Sonne und Wind keinen Strom liefern. Die AfD lehnt diese fahrlässige Politik ab.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/klimaschutzgesetz-kein-kohleausstieg-bereits-2030/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.5.2021

Bahnverkehr im ländlichen Raum stärken!

Zum AfD-Antrag ([Drs. 7/6182](#)), die Bahnstrecke Eilenburg-Bad Dübener Heide-Lutherstadt Wittenberg zu reaktivieren, erklärt der verkehrspolitische Sprecher, [Tobias Keller](#):

„Seit der Deutschen Einheit wurden allein in Sachsen rund 700 Bahnkilometer stillgelegt. Verkehrspolitisch war dies ein fataler Irrweg. Der ländliche Raum wurde dadurch noch weiter zurückgeworfen.“

Betroffen davon ist auch die Dübener Heide und der Landkreis Nordsachsen. Obwohl damals die Regierungsparteien bereits laut tönend, auf die umweltfreundliche Bahn setzen zu wollen, erging Ende 2019 ein behördliches Betriebsverbot für die Heidebahn aufgrund von Streckenmängeln.

Aus Sicht der AfD-Fraktion gilt es, diese Mängel schnell zu beheben und gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt eine Stilllegung der gesamten Bahnstrecke zu verhindern. Das ist nicht nur für die Personenbeförderung wichtig, sondern auch den Güterverkehr, der auf sächsischer Seite noch in Betrieb ist.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/bahnverkehr-im-laendlichen-raum-staerken/>

Diätenerhöhung der Regierung ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger

Zum Gesetz der Staatsregierung über die Diätenerhöhung erklärt der AfD-Landtagsabgeordnete, [Alexander Wiesner](#):

„Die von CDU, Grünen und SPD durchgesetzte Diätenerhöhung ist ein Schlag ins Gesicht aller Bürger. Viele von ihnen haben durch die Lockdown-Politik ihre [wirtschaftliche](#) Existenz verloren oder müssen von Kurzarbeitergeld leben. Für Geringverdiener ist die selbstverordnete Gehalterhöhung ohnehin der blanke Hohn. Diese Selbstbedienungsmentalität stößt auf breite Ablehnung, auch wenn die Erhöhung auf nächstes Jahr verschoben wurde.“

Zudem nehmen die Bezüge der sächsischen Abgeordneten im bundesweiten Vergleich bereits jetzt eine Spitzenposition ein, wenn man Grund- und Aufwandsentschädigung sowie Mitarbeiterpauschale zusammenrechnet.

Die AfD hat den Eindruck, dass hinter der Diätenerhöhung eine Kaste von Berufspolitikern steckt, die noch nie anders ihr Geld verdient hat. Deshalb lassen Sie sich sagen: Die vom Volk erarbeiteten Steuergelder gehören nicht Ihnen, sondern werden nur von Ihnen verwaltet. An dieser Stelle haben CDU, SPD und Grüne viel Vertrauen zerstört und der Demokratie einen Bärendienst erwiesen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/diaetenerhoehung-der-regierung-ist-ein-schlag-ins-gesicht-der-buerger/>

Unterrichtsausfall ist eine Katastrophe für die ganze Gesellschaft!

Zur Aktuellen Debatte der AfD zum „Bildungsdesaster in Sachsen“ erklärt Dr. [Rolf Weigand](#): „Wir haben jetzt bald ein ganzes Schuljahr hinter uns ohne Praktika, ohne Schwimmunterricht und ohne regelmäßigen Sport für unsere Kinder. Hinzu kommen erhebliche Sprachdefizite, weil der tägliche



Austausch in der Schule nicht möglich war. Das ist wahrlich eine Katastrophe, deren Folgen unsere [Gesellschaft](#) vermutlich noch jahrzehntelang zu spüren bekommt.

Angesichts dieser desaströsen Situation hätte die CDU-geführte Regierung im Bundesrat erbitterten Widerstand gegen die Schulschließungen leisten müssen. Stattdessen hat sie sich jedoch mit einer läppischen Protokollnotiz als zahnloser Tiger erwiesen.

Umso wichtiger ist es nun, die Weichen für das nächste Schuljahr richtig zu stellen. Es darf im Herbst unter keinen Umständen zu einem erneuten Lockdown mit Unterrichtsausfall kommen. Zudem muss eine Konzentration auf die Kerninhalte erfolgen. Die Hauptfächer, die Naturwissenschaften und der Sport sollten eine Stärkung erfahren, um Rückstände und Versäumnisse auszugleichen. Die AfD hat hierzu bereits im März einen entsprechenden Plan vorgelegt ([Drs. 7/5740](#)).“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/unterrichtsausfall-ist-eine-katastrophe-fuer-die-ganze-gesellschaft/>

Corona-Bericht der Regierung: Geben Sie den Sachsen ihre Freiheit zurück!

Zum Corona-Bericht der Staatsregierung erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):

„Nach einem Jahr Lockdown-Politik muss man konstatieren: Die CDU-geführte Staatsregierung ist zu allem fähig, aber zu nichts Gutem. Ihr Agieren ist von Irrtümern und der Unfähigkeit geprägt, eigene Fehler zu korrigieren.

Es war eine politische Entscheidung der Staatsregierung, Grundrechte der Bürger massiv einzuschränken und das ganze Land mit einem harten Lockdown lahmzulegen. Die Folgen dieser unverhältnismäßigen Maßnahmen: Zehntausende [wirtschaftlich](#) ruinierte Existenzen, massive Bildungsdefizite bei unseren Kindern, soziale Verwerfungen in der [Gesellschaft](#) und immense neue Schulden.

Beispiele wie Florida und Schweden belegen eindrucksvoll, dass man Covid-19 auch ohne Lockdown wirksam eindämmen kann. Hier gehen die Kinder weiter in die Schule. Es sind Restaurants, Läden und Hotels geöffnet. Zu einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems kam es trotzdem nicht.

Selbst als unsere europäischen Nachbarn die Beschränkungen zurücknahmen, ließ sich CDU-Ministerpräsident Kretschmer durch die sogenannte ‚Bundesnotbremse‘ regelrecht entmündigen. Sein Widerstand gegen die Bevormundung aus Berlin beschränkte sich auf eine halbherzige Protokollnotiz. Ohne Not nahm Herr Kretschmer diesen Angriff auf unser föderales Staatswesen hin.

Nach einem Jahr Bevormundung rufen wir den Ministerpräsidenten auf, die desaströse Lockdown-Politik endlich zu beenden und den Sachsen ihre Freiheit zurückzugeben!“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/corona-bericht-der-regierung-geben-sie-den-sachsen-ihre-freiheit-zurueck/>



Grüner Minister klaut AfD-Antrag! Rehe vor Mähmaschinen schützen!



Der [#MDR](#) titelt aktuell „Drohnen sollen Wildtiere in Sachsen vor Mähreschern schützen“. Gelobt wird mit dieser Schlagzeile eine Initiative des grünen Agrarministers Wolfram Günther. Was der MDR indes verschweigt: Günther hat die Idee von der [#AfD](#) übernommen. Unsere Fraktion beantragte bereits am 28. November 2018 den „Schutz von Rehkitzen bei der Grasmahd in [#Sachsen](#)“ (Drs. 6/15328) und schlug dafür den Drohneinsatz mit Wärmebildkamera vor.

Dieses Beispiel zeigt erneut: Das einzige, was Günther beherrscht, ist Abschreiben. Dabei sollte er sich endlich einmal energisch für die Interessen der arg gebeutelten Bauern einsetzen und so die regionale Landwirtschaft stärken.

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3993525054050316/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.5.2021

Keine Steuergelder für versteckte CDU-Werbung!

Die AfD-Fraktion hat heute mehrere Anträge im Sächsischen Landtag gestellt, um Steuergelder einzusparen, die für die Eigenwerbung der Regierung vorgesehen sind. Dazu erklärt der haushalts- und finanzpolitische Sprecher [André Barth](#):

„Für Meinungsumfragen (Sachsen-Monitor) sowie diverse PR- und Werbemaßnahmen will die CDU-geführte Regierung bis zum nächsten Jahr zig Millionen Euro ausgeben. Dieses Geld dient in erster Linie dazu, um selbst in einem guten Licht dazustehen. Es handelt sich damit um ein verstecktes Werbebudget für die Person des Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und seine Partei, die CDU.

Allein um die Chancengleichheit der Parteien zu wahren, sind hier Änderungen erforderlich. Gerade in Krisenzeiten kommt jedoch hinzu, dass hohe Ausgaben für Zeitungsanzeigen, Sektempfänge und ähnliches besonders unanständig wirken. Wir fordern deshalb die Regierung dazu auf, für ihre Öffentlichkeitsarbeit und Eigenwerbung bis zu zehn Millionen Euro weniger einzuplanen.

Die CDU konterte dies mit dem Hinweis, diese Ausgaben seien ‚sehr wichtig‘. Ja, das stimmt. Die Frage ist nur, für wen sie wichtig sind. Für versteckte Parteienfinanzierung oder für den sächsischen Bürger? Ich glaube, die Antwort auf diese Frage ist nur allzu offensichtlich.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/keine-steuergelder-fuer-versteckte-cdu-werbung/>

AfD zum Haushalt: Familien stärken, statt Ministerien aufblähen!

Zur Generaldebatte zum neuen Doppelhaushalt erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):



„Die sächsische CDU hat sich mit den Grünen ins politische Lotterbett gelegt. Dieser Verrat an den mehrheitlich konservativen sächsischen Wählern spiegelt sich nun in [wirtschaftsfeindlichen](#) und üppigen grün-ideologischen Ausgabenpositionen wieder.

So will die Regierung mehr als 100 Millionen Euro in erneuerbare Energien stecken, obwohl diese nicht grundlastfähig sind und unsere Landschaft zerstören. Weitere Millionen sind für die biologische Landwirtschaft geplant, bei gleichzeitiger konsequenter Benachteiligung der traditionellen Landwirte. Zudem hat die Regierung 270 neue Stellen in ihren Ministerien für ihre Parteisoldaten geschaffen, während viele Bürger um ihre Existenz kämpfen müssen.

Die AfD will im neuen Haushalt vor allem sächsische Familien stärken und hat einen 13-Punkte-Plan entwickelt: Enthalten sind z.B. ein Baby-Begrüßungsgeld von 5.000 Euro, ein sächsisches Bau-Kindergeld und kostenloses Frühstück für Grundschüler. Weiter wollen wir die [Pflege](#) von Familienangehörigen in den eigenen vier Wänden mit einem Landespflegefördergeld unterstützen, mehr Geld für Kitas bereitstellen und den 350 Millionen Euro Investitionsstau in den sächsischen Krankenhäusern abbauen.

Die AfD steht für seriöse Haushaltspolitik. Daher werden wir – im Gegensatz zur Linkspartei – unsere Mehrausgaben komplett gegenfinanzieren. Wir wollen z.B. Personal in den Ministerien sparen, die Kosten von Asyl und Integration deutlich senken, linksradikale Vereine nicht mehr finanzieren und die Förderung erneuerbarer Energien streichen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-zum-haushalt-familien-staerken-statt-ministerien-aufblaehen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.5.2021

CDU übernimmt ungeprüft den Unfug grüner Klima-Ideologen

Zur aktuellen Haushaltsdebatte (Einzelplan 09) erklärt der landwirtschaftspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Jörg Dornau](#):

„Der grüne Minister Wolfram Günther scheint nur ein einziges Ziel zu haben: Sein üppiges Ministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft immer weiter aufzublähen, um grüne Parteifreunde mit hochdotierten Pöstchen versorgen zu können. Beschämend ist, dass dieses Spiel von der einst konservativen CDU ohne ernsthaften Widerspruch geduldet wird.

Die Ausgabensteigerung im Ministerium von Herrn Günther beträgt rund 200 Millionen Euro. Wir empfinden das als maßlos und fragen uns, was die neuen 21 Klimabeamten den ganzen Tag machen sollen.

Sollen sie etwa bereits den Klima-Lockdown vorbereiten? Oder handelt Günther einfach nur getreu dem Motto: Als Grüner ist man gern Beamter und verbeamtet gern?

Mit dem für den Personalaufwuchs vorgesehenen Steuergeld wäre es ohne Probleme möglich gewesen, die regionale Fleischwirtschaft mit einer Gebührensenkung zu entlasten. Genau das haben wir beantragt. Die CDU hätte dem zustimmen können, lehnte aber leider ab, weil sie inzwischen den Unfug der grünen Klima-Ideologen ungeprüft übernimmt und ihnen bedingungslos folgt. Das ist traurig und kommt einem Verrat an den sächsischen Bauern gleich.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-uebernimmt-ungeprueft-den-unfug-gruener-klima-ideologen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 15./16.5.2021

Grenzen sichern, illegale Migration verhindern!

13.000 mutmaßlich illegale Migranten kamen in diesem Jahr bereits auf Lampedusa an, 4.000 allein in den letzten Tagen. Über 550 Personen sollen bereits ertrunken sein. Zehntausende weitere sind unterwegs oder sitzen auf gepackten Koffern. Italien ist mit der Situation völlig überfordert, auf der Insel herrschen unhaltbare Zustände. Die NGO "Ärzte ohne Grenzen" schickt derzeit ein weiteres Migrantenhilfsschiff. Schon in der Vergangenheit befeuerte man die Reiselust und griff über 81.000 Personen auf, die man trockenen Fußes in die EU transferierte.



Außenminister Heiko Maas, der mit seinen Genossen die Migration nach Deutschland im Wahlprogramm festgeschrieben hat, freut das. Er sicherte Italien Hilfe zu, möchte Lampedusa-Migranten - überwiegend Männer aus

Libyen und Tunesien ohne jeden Asylanspruch - in nicht genannter Höhe in die Bundesrepublik holen. Statt die Lage langfristig mit Übernahmegesuchen noch zu verschärfen, muss er sich mit seinen Kollegen in der EU kurzschließen und endlich die EU-Außengrenzen sichern. Hier bleibt man seit Jahren untätig, was gerade Italien, Griechenland und Spanien schmerzlich zu spüren bekommen. Ob 2021 ein zweites katastrophales 2015 wird, liegt ganz in den Händen von Brüssel!
<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/4352736431404225/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.5.2021

FDP will nun auch Strukturreform des ÖR – AfD bleibt das Original

Die FDP hat eine Auftrags- und Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Laut Medienberichten fordern die Liberalen zukünftig eine Konzentration auf Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen. Nachdem die AfD die Debatte um eine Strukturreform bereits letztes Jahr angestoßen hat und auch Teile der CDU eine solche fordern, ist die FDP nun die dritte relevante bundespolitische Kraft, die das derzeitige System für tiefgreifend reformbedürftig hält. Im letzten Jahr hatten sich sieben AfD-Landtagsfraktionen auf das Grundfunk-Reformmodell geeinigt, das auf dem Bundesparteitag in Dresden in das Wahlprogramm der AfD beschlossen wurde.

Dazu Joachim Paul, Mitglied des Bundesvorstandes:



„Jetzt, wo nun auch die FDP endlich begreift, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk dringend reformbedürftig ist, haben sich nun alle bürgerlichen Parteien – zumindest in Teilen – gegen den Fortbestand der Öffentlich-Rechtlichen in ihrer derzeitigen Form ausgesprochen.

Dass zum ersten Mal eine ernsthafte Debatte über die Zukunft des bald wohl zehn Milliarden schweren Staatsfunks angestoßen wurde, ist der AfD zu verdanken. Sie hat sich mit pointierter Kritik und einem grundsätzlichen und gut durchdachten Reformmodell als entschlossene Reformkraft bewährt.

Nun halten nur noch die Parteien links der politischen Mitte am Staatsfunk in seiner bisherigen Form fest. Das hat selbstverständlich einen Grund: 92 Prozent der ARD-Volontäre stehen Rot-Rot-Grün nahe. Diese politische ‚Tendenz‘ ist auch im Programm der Sender allgegenwärtig. Auch privat scheinen die Granden des Staatsfunks eine sehr klare Meinung zu haben. So empfahl Anne Will im Nachgang zu einer ihrer Sendungen die ‚Recherche‘ linksextremer Aktivisten als Quelle.

Das ungestüme Gepöbel des ÖR-Millionärs und Twitter-Clowns Böhmermann, der angesichts der Reformpläne wieder einmal den Populismus-Vorwurf erneuerte, ist nicht nur ein Gradmesser für die politische Tendenz des Staatsfunks, es zeigt auch, dass die von der AfD angestoßene Reformdebatte als handfeste Bedrohung des sündhaften teuren ‚Weiter so‘ eines entrückten Senderkomplexes betrachtet werden.“

<https://www.afd.de/joachim-paul-fdp-will-nun-auch-struktureform-des-oer-afd-bleibt-das-original/>

Herr Altmaier, sorgen Sie für Rohstoffsicherheit!

Immer mehr Branchen in Deutschland melden einen dramatischen Mangel an Rohstoffen und Vorprodukten. Fast jedes zweite deutsche Unternehmen aus Deutschland ist betroffen, berichtet die Tagesschau. Es fehlt an Holz, Kunststoffen, Baumetallen, Chips und vielem anderen. Die Preise steigen in schwindelerregende Höhen, die Produktion stockt, die Konjunktur bricht noch weiter ein.

Dazu Tino Chrupalla, Bundessprecher:

„Die Bundesregierung schaut tatenlos zu, wie China und die USA den Rohstoffmarkt leerkaufen und deutsche Unternehmen in die Röhre gucken. Elektrikern fehlen die Kabelummantelungen, den Malern die Farbe und den Zimmerleuten das Holz.

Über 45 Prozent der kleinen und mittelständischen Unternehmen klagen über Engpässe bei Vorprodukten. So groß waren die Nachschubprobleme noch nie seit der Wiedervereinigung! Gleichzeitig explodieren die Preise. Holz ist um mehr als 400 Prozent teurer geworden. Das trifft dann auch viele deutsche Häuslebauer hart.

Die Bundesregierung hat die Aufgabe, die deutsche Wirtschaft zu schützen. Aber sie tut es nicht. Ich fordere Wirtschaftsminister Altmaier ausdrücklich auf, für Rohstoffsicherheit zu sorgen. Nur so kann er die Existenz vieler Mittelständler und damit Tausende Arbeitsplätze schützen.

Herr Altmaier muss handeln, bevor es zu spät ist!“

<https://www.afd.de/tino-chrupalla-herr-altmaier-sorgen-sie-fuer-rohstoffsicherheit/>



Entscheidungsgrundlagen für Merkels Corona-Politik gehören umgehend auf den Prüfstand

Der Medizinprofessor und Gesundheitsökonom Matthias Schrappe (66), der bis 2007 stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrats Gesundheit war, hat mit einem neunköpfigen Forscherteam die Verwendung einer ½ Milliarde an Fördergeldern recherchiert, die die Bundesregierung für den Aufbau zusätzlicher Corona-Intensivbetten im Jahr 2020 zur Verfügung gestellt hat.

Das Ergebnis: Die sogenannte Notfallreserve von 11.000 Intensivbetten wurde nie aufgebaut, die Mittel dafür wurden gleichwohl abgerufen. Im Raum steht damit der Vorwurf des Subventionsbetrugs. Gleichzeitig stellten die Forscher fest: Auch auf den Höhepunkten der Corona-Wellen waren nie mehr als 25 Prozent der Intensivbetten mit Corona-Patienten belegt. Die von der Bundesregierung immer wieder geschürte Angst vor knappen Intensivkapazitäten oder einer Triage sei unbegründet gewesen.

Bundessprecher Jörg Meuthen erklärt dazu:

„Sollten die Zahlen stimmen, die das Forscherteam bezüglich der Intensivbetten für Corona-Patienten in Deutschland zusammengetragen hat, steht die Bundesregierung nicht nur als Treiber unbegründeter Corona-Ängste da, sondern zudem auch noch als ungeheurer Steuermittel-Verschwender. Dieser Vorwurf ist umgehend aufzuklären.“

Sollte sich bewahrheiten, dass die Bundesregierung ihre Corona-Maßnahmen auf eine Lage gestützt hat, die es so auf den Intensivstationen nie gegeben hat, muss Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die politische Verantwortung dafür übernehmen. Ebenso muss der Verbleib der Fördergelder geklärt werden. Sollte sich hier der Verdacht des Subventionsbetrugs bestätigen, muss dies Konsequenzen haben.

Kanzlerin Merkel hatte den ersten Corona-Lockdown damit begründet, dass das Gesundheitssystem erst die Kapazitäten aufbauen müsse, um mit einer Vielzahl von schweren Corona-Fällen fertig werden zu können. Auch beim zweiten und dritten Lockdown hat die Bundesregierung das Horror-Szenario überlasteter Intensiv-Stationen ins Feld geführt.

Sollte sich jetzt herausstellen, dass diese Darstellung mit der Realität nichts zu tun hatte, wäre dies ein Skandal ohne gleichen. Denn die Schäden, die die Lockdown-Maßnahmen für Deutschlands Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft verursacht haben, lägen dann endgültig jenseits jeder Verhältnismäßigkeit.

Deshalb brauchen wir hier schnellstmöglich vollständige Transparenz – und das noch vor der Bundestagswahl.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-entscheidungsgrundlagen-fuer-merkels-corona-politik-gehoren-umgehend-auf-den-pruefstand/>

Türkei auf Anti-Israel- und Anti-Armenien-Kurs kann kein Partner Deutschlands sein

In der aktuell aufgeheizten Stimmung im Nahen Osten ist Israel nicht die einzige Demokratie, die in den letzten Tagen unter militärischen Druck geraten ist. Wie deutsch-armenische Nachrichtenportale mit Verweis auf lokale Quellen berichteten, nutzen aserbajdschanische Truppen – wohlwissend, dass die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit den Raketenangriffen der Hamas auf Israel gilt – die Gelegenheit und drängen auf das Gebiet der Kaukasusrepublik Armenien ein. Damit ist der von Russland vermittelte Waffenstillstand wohl Makulatur.



Dazu Joachim Paul, Mitglied des Bundesvorstandes:

„Aserbaidschan und sein Verbündeter Türkei nutzen die Gunst der Stunde, um in Armenien Tatsachen zu schaffen – allen Beteuerungen den Frieden erhalten zu wollen zum Trotz und unter Bruch des Waffenstillstandsabkommens.

Damit besteht tatsächlich die lange befürchtete existentielle Bedrohung der ältesten christlichen Nation. Durch diesen Konflikt an Europas Außengrenzen muss die Rolle des NATO-Bündnispartners Türkei neu bewertet werden. Immerhin hat Erdogan in den letzten Tagen zwei Demokratien in diesem Raum, Armenien und Israel, öffentlich bedroht.

Die Weltöffentlichkeit muss endlich von diesen militärischen Drohungen Notiz nehmen. Die Bundesrepublik sollte sich den Forderungen nach sofortigem Abzug der aserbaidischen Truppen auf die durch den Waffenstillstand festgelegten Grenzen anschließen. Diese Forderung wurde in Frankreich jüngst insbesondere von Marine Le Pen erhoben.“

Paul weiter: „Die AfD fordert schon lange, die Beitrittsgespräche zwischen der Europäischen Union und der Türkei zu beenden. Die unverhohlene Unterstützung der Erdogan-Türkei für das expansiv ausgerichtete Regime in Baku ist ein schwerwiegender Grund mehr, die Beziehungen zur Türkei generell auf den Prüfstand zu stellen – nicht nur im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in Bezug auf Abkommen die Zuwanderung nach Europa betreffend.

Sollte die Türkei an dieser Politik und dem aggressiv ausgerichteten Bündnis mit Aserbaidschan festhalten, kann sie langfristig kein Partner Deutschlands sein.“

<https://www.afd.de/joachim-paul-tuerkei-auf-anti-israel-und-anti-armenien-kurs-kann-kein-partner-deutschlands-sein/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.5.2021

Lebensmittelpreise ziehen stark an! Selbstversorgung Deutschlands muss zunehmen!

Die Lebensmittelpreise schießen in die Höhe.

Vorstandsvorsitzende des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse, Thorsten Tiedemann, sieht unter anderem ein großes Problem darin, dass die Selbstversorgung Deutschlands sinkt.

Die Gründe benennen wir sehr deutlich, seitdem wir im Bundestag sind:

Die Zerstörung der Landwirtschaft durch die grüne Politik treibt immer mehr landwirtschaftliche Flächen zurück und senkt den Ertrag.

Wer im September Schwarz oder Grün wählt, wählt damit höhere Preise für Lebensmittel und Lebensmittelimport, statt Selbstversorgung.



Deutschland.
Aber normal.



<https://www.facebook.com/Protschka.Stephan/photos/a.530759820442426/1735223143329415/>



Deutschland allein kann Hunger und Not auf der Welt nicht beseitigen

Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, stellte heute den Bericht der Fachkommission Fluchtursachen vor. Die 24-köpfige Kommission hatte den Auftrag, der Bundesregierung und dem Bundestag Vorschläge zur Minderung von Fluchtursachen vorzulegen. In ihrem Bericht fordert sie unter anderem, sich konsequent für eine gerechte globale Ordnung einzusetzen und ambitionierten Klimaschutz zu betreiben. Minister Müller warnte unter anderem davor, dass sich die Zahl der „Klimaflüchtlinge“ bis 2040 von jetzt 25 auf 125 Millionen erhöhen würde.

Dazu Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher:

„Für die Bundesregierung – allen voran Entwicklungshilfeminister Gerd Müller – scheint klar zu sein: Um Hunger und Armut auf der Welt zu tilgen, ist vor allem eine Nation zuständig und das ist Deutschland.

Dieser Anspruch aber muss schiefgehen. Das kann ein Land mit 83 Millionen Einwohnern angesichts einer Weltbevölkerung von fast acht Milliarden Menschen nicht leisten. Fragwürdig ist es auch, den Flüchtlingsbegriff immer weiter auszudehnen. Für Minister Müller zählen jetzt 25 Millionen ‚Klimaflüchtlinge‘ dazu. Ihre Zahl würde in den nächsten 20 Jahren auf 125 Millionen anwachsen. Vom ‚Klimaflüchtling‘ zum staatlich geduldeten und subventionierten Migrant in Deutschland ist es dann nur noch ein kleiner Schritt, der meist gegangen wird.

Natürlich ist es geboten, im Rahmen des Möglichen die Not auf der Welt zu lindern und ebenso dem Grundgesetz entsprechend politisch Verfolgten Schutz zu gewähren.

Primär ist aber der Schutz und das Wohlergehen der eigenen Bürger. Genau dafür wurden wir deutschen Politiker nämlich vom Volk gewählt.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-deutschland-allein-kann-hunger-und-not-auf-der-welt-nicht-beseitigen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.5.2021

Baerbock ‚vergaß‘ Einkünfte beim Bundestag zu melden

Nichts mit Sauberfrau...

Die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hat beim Bundestag nachträglich Nebeneinkünfte aus den Jahren 2018 bis 2020 angemeldet. Das kam heute ans Licht der Öffentlichkeit. Dabei handelt es sich angeblich um Sonderzahlungen der Partei Bündnis 90/Die Grünen zwischen 17.500 und 37.000 Euro, die sie erhalten, aber nicht gemeldet hatte. Die genaue Summe ist nicht bekannt, da die Unterteilung bei Abgeordneten in unterschiedliche Stufen vorgenommen wird. Baerbock gibt einmal Sonderzahlungen der Stufe zwei (2018) sowie zweimal der Stufe drei (2019, 2020) an.

Dazu Stephan Brandner, stellvertretender Bundesvorsitzender:

„Frau Baerbock ist plötzlich, als das Thema im Bundestag im März diesen Jahres zur Sprache kam, eingefallen, dass sie ganz vergessen hatte, ihre äußerst großzügigen Sonderzahlungen beim Bundestag anzumelden. Wer’s glaubt, wird selig. Offenbar hat die Kanzlerkandidatin kalte Füße



bekommen, als die Einschläge zu ihren fragwürdigen Studiengängen immer näher kamen und absehbar war, dass die Medien sie ganz genau unter die Lupe nehmen werden.

Jedoch bleibt, wie sollte es auch anders sein, der mediale Aufschrei aus: Ist Baerbock doch der Liebling der Einheitsmedien. Ihr wird gern geglaubt, dass es sich nur um eine weitere kleine Unzulänglichkeit handelt, obwohl Aufklärungsbedarf besteht. Klar kann es mal passieren, dass man vergisst, etwas dem Bundestagspräsidenten zu melden. Aber solche Beträge, die für normale Bürger ganze Jahreseinkommen darstellen?

Auch das zeugt davon, wie weltfremd und abgehoben die grüne Schickeria ist.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-baerbock-vergass-einkuenfte-beim-bundestag-zu-melden/>

Der größte Kollateralschaden von Merkels Corona-Politik sind die psycho-sozialen Schäden an unseren Kindern und Jugendlichen

Kinder- und Jugend-Psychotherapeuten, -Psychiater und -Ärzte von fünf Berufsverbänden, die rund 60.000 Berufsangehörige repräsentieren, warnen seit Ende März vor einer drastischen Zunahme von Angst- und Schlafstörungen unter Kindern und Jugendlichen, ebenso vor einer extremen Zunahme von Depressionen sowie Zwangs- und Essstörungen. Seit dem zweiten Corona-Lockdown seien die Zahlen sehr deutlich angestiegen. Ihre Forderungen an die Politik, dem Leiden der jungen Menschen durch entsprechende Maßnahmen entgegenzuwirken, blieben indes offenbar bislang weitgehend ungehört: In Kinderpsychiatrien droht mittlerweile die Überlastung.

Bundessprecher **Jörg Meuthen** erklärt dazu:

„Die Schäden, die die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung unter Kindern und Jugendlichen anrichten, die seit über einem Jahr unter Kita- und Schulschließungen und dem Verlust jedes altersgerechten Soziallebens leiden, sind immens. Wir haben selbst vier schulpflichtige Kinder und erleben das unmittelbar mit. Dass der Alarmruf der Kinderpsychologen und -Ärzte bislang ignoriert wurde, ist skandalös, und es wird schlimme Folgen haben. Kanzlerin Merkel, Finanzminister Scholz, Gesundheitsminister Spahn und Wirtschaftsminister Altmaier, die allesamt kinderlos sind, haben für die zwingenden Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen offenbar nicht die nötige Empathie.

Während noch immer normaler Kita- und Schulbetrieb wie auch das ungehinderte Leben in Sportvereinen nicht stattfinden dürfen, sind Urlaubsflüge und andere Lockerungen inzwischen längst wieder möglich. Die Bundesregierung muss diesen Irrweg schleunigst verlassen und unseren Kindern und Jugendlichen endlich wieder ein Leben in sozialer Normalität ermöglichen. Der größte Kollateralschaden von Merkels Corona-Politik wird ansonsten die Gesundheit und soziale Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen bleiben.“

Bundessprecher **Tino Chrupalla** ergänzt:

„Was Bund und Länder mit ihrer Lockdownpolitik den Schwächsten in unserem Land, sprich unseren Kindern angetan haben, ist in manchen Fällen vielleicht kaum wiedergutzumachen. Denn diese Kinder werden den Schaden, den sie im Lockdown genommen haben, möglicherweise ein Leben lang mit sich herumtragen.



Ärzte und Psychologen berichten übereinstimmend von Depression und Essstörungen, ausgelöst durch die erzwungene Einsamkeit. Und nicht wenige Kinder hätten sogar Selbstmordgedanken entwickelt. Wann hat Politik je solche Folgen gezeitigt?

Dieses Wegsperrten der Kinder und auch der Alten, die einsam und isoliert in Pflegeheimen sterben mussten, sind die schwersten Verstöße gegen die Menschenwürde in der Geschichte unseres Landes. Es sind ist höchste Zeit, diese Verstöße politisch und verfassungsrechtlich aufzuarbeiten.“
<https://www.afd.de/meuthen-chrupalla-der-groesste-kollateralschaden-von-merkels-corona-politik-sind-die-psycho-sozialen-schaeden-an-unseren-kindern-und-jugendlichen/>

Rücktritt von Familienministerin Giffey kommt viel zu spät

Rest des Kabinetts sollte nachziehen.

Bundesfamilienministerin Giffey, die schon seit längerer Zeit immer wieder wegen Plagiatsvorwürfen in Bezug auf ihre Doktorarbeit für Peinlichkeiten gesorgt hatte, hat heute um ihre Entlassung gebeten.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher, hält diesen Schritt für lange überfällig, erklärt aber auch, dass es sich um ein taktisches Manöver Giffey und keineswegs um eine Einsicht handele.

„Giffey ist Spitzenkandidatin der SPD für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Würde sie wirklich Reue zeigen, würde sie selbstverständlich auch diese Kandidatur zurückziehen und auf üppige Übergangsgelder verzichten. Das tut sie aber nicht – im Gegenteil.

Aus ihrer persönlichen Erklärung geht klar hervor, dass sie auch weiter hofft, Regierende Bürgermeisterin der Bundeshauptstadt zu werden. Dafür, dass eine potenzielle Betrügerin dieses wichtige Amt übernehmen soll, hat kaum einer Verständnis. Allerdings könnte Giffey als Vorbild für alle anderen gescheiterten Minister des aktuellen Kabinetts dienen, die ebenfalls einen schnellen Rücktritt vollziehen sollten!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-ruecktritt-von-familienministerin-giffey-kommt-viel-zu-spaet/>

„Amazon“ missbraucht seine Marktmacht und zahlt kaum Steuern

AfD-Forderung nach Digitalsteuer gerechtfertigt.

„Amazon“ gehört zu den größten Gewinnern der Lockdown-Politik. Sie hat sich als Konjunkturprogramm für den Online-Riesen erwiesen. Allein im Jahr 2020 konnte der Konzern seinen Gewinn um über 80 Prozent steigern. Insbesondere über den sogenannten „Marketplace“, auf dem Einzelhändler, Firmen und Privatpersonen eigene Produkte anbieten können, erwirtschaftet der Tech-Gigant einen signifikanten großen Gewinn. Für jeden Einkauf bei einem Marketplace-Anbieter kassiert „Amazon“ eine Provision. Dabei häufen sich die Beschwerden der Händler seit Jahren. So deaktiviert oder löscht „Amazon“ Angebote, wenn sie den Preisvorstellungen des Konzerns widersprechen, oder sperrt gleich ganze Händlerkonten. Aus Chancen werden so oft genug Abhängigkeiten. Hinzu kommt, dass „Amazon“ in Europa kaum Steuern zahlt. 75 Prozent aller Geschäfte außerhalb der USA lässt der Konzern über Luxemburg laufen. Und dort meldet das Unternehmen ständig Verluste. Folge: „Amazon“ hat entsprechend noch nie einen nennenswerten Betrag an die deutsche Staatskasse abgeführt.



Dazu Joachim Paul, Mitglied des Bundesvorstandes: „Amazon erwirtschaftet stetig steigende Gewinne, schafft über seinen Marketplace Abhängigkeiten, die kartellrechtlich problematisch sind und zahlt vor allem lächerlich geringe Steuern. Der Gesetzgeber ließ den Konzern und andere Tech-Riesen bislang gewähren. Während selbst kleine Familienunternehmen mit – im internationalen Vergleich – exorbitanten Steuern belastet werden, zahlt der Online-Riese ‚Amazon‘ so gut wie nichts. Steuergerechtigkeit kann insbesondere durch eine Digitalsteuer hergestellt werden. Sie hat die AfD jüngst in ihr Bundeswahlprogramm beschlossen. Als Partei, die sich insbesondere für die Stärkung des stationären Einzelhandels in unseren Innenstädten einsetzt, ist eine gerechte, dem Digitalzeitalter angepasste Besteuerung ein besonders Anliegen. Immerhin konkurriert der große Online-Handel mit unserem Einzelhandel – deshalb muss auch die Steuerbelastung vergleichbar sein“.

Paul weiter: „Die Digitalsteuer zielt darauf ab, dass nicht die Gewinne, sondern die Umsätze der Konzerne besteuert werden. Darunter fallen unter anderem Erträge aus dem Platzieren von personalisierter Werbung, Erträge aus Vermittlungsdiensten zwischen Nutzern, die gegebenenfalls Lieferung von Waren oder Dienstleistungen zwischen Nutzern ermöglichen und Erträge aus dem Verkauf von Nutzerdaten – damit würde der Datenhandel im großen Stil und das Geschäftsmodell ‚Marketplace‘ steuerrechtlich endlich zeitgemäß gewürdigt. Eine solche Steuer wurde bereits auf EU-Ebene diskutiert, scheiterte aber. Andere Staaten, unter anderem Frankreich setzten auf nationalstaatliche Lösungen.“

<https://www.afd.de/joachim-paul-amazon-missbraucht-seine-marktmacht-und-zahlt-kaum-steuern/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.5.2021

Der Parteivorsitz darf kein lukratives Geschäft sein

Annalena Baerbock ließ sich ihre Tätigkeit als grüne Parteivorsitzende mit Weihnachtsgeld (2020: 7635,71 Euro), einer Corona-Sonderzahlung (1500 Euro) und Erfolgsprämien für Wahlkämpfe (EU-Wahlkampf 2017: ca. 2500 Euro) vergüten. Die SPD-Chefs Esken und Borjans beziehen monatlich je 9000 Euro „Aufwandsentschädigung“. Die CDU macht ein Geheimnis aus der Gehaltshöhe des Vorsitzenden. Medien spekulieren, dass es mindestens 8000 Euro seien.

Ganz anders die AfD: Wie sämtliche Bundesvorstandsmitglieder, so erhalten auch die beiden Bundessprecher für ihre ehrenamtliche Tätigkeit keine Zahlungen, weder Grundgehalt, noch Sonderzahlungen oder erfolgs- beziehungsweise ergebnisabhängigen Boni für Wahlergebnisse.

Dazu Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher:

„Während sich manche Vorsitzende der etablierten Parteien ihre Tätigkeit üppig entlohnen lassen oder zumindest, wie Annalena Baerbock, gern mal gelegentliche Sonderzahlungen einstreichen, sind die beiden Sprecherpositionen unserer Partei ein reines Ehrenamt. Und das ist richtig so. Diese ehrenvolle Aufgabe sollte kein lukratives Geschäft sein, kein Job, der ein ansehnliches Einkommen beschert.“

Wer tatsächlich finanzielle Anreize braucht, um sich an der Spitze einer Partei für das Land und seine Bürger einzusetzen, ist dort fehl am Platze und diskreditiert tausende wirklich ehrenamtliche Helfer auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Diese Erkenntnis ist bei CDU, SPD und Grünen nicht angekommen. Das eigene Konto und üppige Zusatzeinkommen scheinen dort eine



ganz entscheidende Rolle zu spielen.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-der-parteilvorsitz-darf-kein-lukratives-geschaef-sein/>

Das Erbe des „Deutschen Mai“ und der 1848er gehört allen Demokraten

Im Mai 1848 trat das erste gesamtdeutsche und frei gewählte Parlament, die Frankfurter Nationalversammlung, in der Paulskirche zum ersten Mal zusammen. Insbesondere dafür hatte die national-freiheitliche Bewegung in Vormärz, Märzrevolution und dem sogenannten deutschen Mai gekämpft.

Dazu Joachim Paul:

„Deutscher Mai – seit dieser Zeit steht der Frühlingsmonat für das zunächst erfolgreiche Streben des deutschen Volkes nach Einheit, Freiheit und Demokratie. Mit dem Wartburgfest von 1817 und dem Hambacher Fest im Mai 1832 zählt die Konstituierung der Frankfurter Nationalversammlung zu den Sternstunden der deutschen Demokratiebewegung. Die Frankfurter Nationalversammlung verabschiedete noch im Jahr ihrer Konstituierung den ersten deutschen Grundrechte-Katalog.

Die national-freiheitliche Bewegung erfasste alle Schichten des deutschen Volkes – vom Bürger bis zum Arbeiter. Heute ist aber leider weitgehend vergessen, dass deutsche Burschenschafter einen besonderen Anteil an der Volksbewegung hatten. Viele von ihnen kämpften in der 48er-Revolution und wurden nach ihrer Niederschlagung politisch verfolgt – so Carl Schurz, der im Exil Innenminister der Vereinigten Staaten wurde oder Georg Büchner, Verfasser des „Hessischen Landboten“.

Paul weiter:

„Leider sind heute Bestrebungen der Etablierten festzustellen, die national-freiheitliche Bewegung zeitgeistig umzudeuten und zu vereinnahmen. Sie wird dabei holzschnittartig und verkürzt dargestellt und zudem als Legitimierung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, die die Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung genommen hat, missbraucht.

Darüber hinaus wird gerade jetzt versucht, Regierungskritiker von den historischen Orten auszuschließen und mit pauschal erhobenen Vorwürfen verächtlich zu machen. Jüngstes Beispiel: Die rheinland-pfälzische Landesregierung möchte das **Hambacher Schloss** künftig nur noch für politisch genehme Veranstaltungen zur Verfügung stellen – dieser Bann soll auch die Opposition im Landtag treffen.

Ebenso ausgeschlossen werden Konservative und angebliche ‚Rechtspopulisten‘. Ein Treppenwitz der Geschichte: Erneut schließt eine Obrigkeit Bürger, die sich in Wort und Tat auf die national-freiheitliche Bewegung berufen, aus und setzt auf Verbote statt auf Dialog in Augenhöhe.

Das Erbe der national-freiheitlichen Bewegung für Einheit und Demokratie und damit der ‚Deutsche Mai‘ gehört allen Demokraten – daran sollte gerade jetzt erinnert werden.“

<https://www.afd.de/joachim-paul-das-erbe-des-deutscher-mai-und-der-1848er-gehört-allen-demokraten/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.5.2021

EU will Global Player sein, kann sich aber nicht mal mit der Schweiz einigen

Nach jahrelangen Verhandlungen droht das Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz zu scheitern. Beide Seiten geben sich die Schuld. Dazu äußert sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese, Mitglied im EU-Ausschuss:

„Die Schweizer waren schon immer intelligente und zugleich harte Verhandlungspartner. Wie die Briten oder Chinesen. Offenbar tut sich die EU immerfort schwer bei Verhandlungen mit Staaten, die ihre Autonomie aufrechterhalten wollen. Die Frage ist auch, wer eigentlich für Brüssel verhandelt.

Inzwischen liegt die EU bald mit der ganzen Welt im juristischen Clinch. Brüssel hat gegen mehr Länder Sanktionen verhängt als die USA und jedes große Abkommen scheitert oder ist umstritten. Das Brexit-Austrittsabkommen funktioniert nicht und sogar so schlecht, dass britische Militärschiffe vor Jersey kreuzen, um gegen französische Fischerboote vorzugehen. Das Investitionsabkommen mit China liegt auf Eis, ebenso das Mercosur-Abkommen mit Lateinamerika. Dazu kommen Lieferkettengesetze der EU, Drohungen aller Art gegen unzählige Länder wegen Menschenrechten und Frauenquoten.

Die EU will ein Global Player sein, kann sich aber nicht mal mit der kleinen Schweiz einigen. Die Wörter Konsens und Kompromiss sind offenbar in Brüssel aus der Mode. Wenn sich die EU immer in dieser Weise anstellt, wird bald niemand mehr mit ihr Verträge abschließen wollen.“

<https://afdbundestag.de/droese-eu-will-global-player-sein-kann-sich-aber-nicht-mal-mit-der-schweiz-einigen/>

Sofortige Aufklärung des „DiviGate“

Der Mediziner und Gesundheitsökonom Prof. Dr. med. Matthias Schrappe hat gemeinsam mit weiteren Wissenschaftlern eine Stellungnahme zur Lage der deutschen Intensivstationen veröffentlicht. Diese werden unter dem Hashtag „DiviGate“ in den sozialen Netzwerken intensiv diskutiert. Prof. Dr. Schrappe kritisiert in seinem Papier unter anderem Unstimmigkeiten beim Umgang mit staatlichen Fördermitteln und offenbart augenscheinlich Manipulationen in offiziellen Statistiken. Sollten sich diese Vorwürfe erhärten, bedeutete dies einen handfesten Skandal. Hierzu erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, Sebastian Münzenmaier:

„Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert eine sofortige Aufklärung und Aufarbeitung des ‚DiviGate‘. Die Bundesregierung rechtfertigte monatelange massive Grund- und Freiheitseinschränkungen der Bürger mit der Gefahr überlasteter Intensivstationen. Sollten sich die



Ergebnisse von Prof. Dr. Schrappe bestätigen, wäre dieser Rechtfertigung nachträglich jede Grundlage entzogen.

Die im Raum stehenden Vorwürfe unterstreichen klar die Dringlichkeit eines Corona-Untersuchungsausschusses, den die AfD-Bundestagfraktion bereits seit einiger Zeit fordert. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich ferner dafür ein, die getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung auf Evidenz und Verhältnismäßigkeit zu prüfen und die bisher völlig außer Acht gelassenen Kollateralschäden der Lockdown-Politik endlich wahrzunehmen. Auch in Zukunft wird sich die AfD-Fraktion für die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger einsetzen und zeigen, dass nur sie als Opposition jene Regierungskontrolle betreibt, die angesichts der enormen Grundrechtseinschränkungen dringend angezeigt ist.“

<https://afdbundestag.de/muenzenmaier-sofortige-aufklaerung-des-divigate/>

Keine Zustimmung für Impfstoff-Notfallzulassung für Kinder

Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin fordert, dass seitens der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) für den Impfstoff für Kinder und Jugendliche keine Notfallzulassung erfolgen dürfe, sondern nur eine reguläre. Die AfD-Bundestagabgeordnete Nicole Höchst erklärt dazu:

„Dieser Empfehlung zu folgen bedeutet natürlich, dass die intensivere Prüfung frei von politischem Druck erfolgen muss. Dieser wird aber derzeit mit Macht aufgebaut und befeuert. Ich halte das für bedenklich. Denn bei Kindern kommt es bekanntlich deutlich seltener als bei Erwachsenen zu schweren Covid-19-Verläufen. Komplikationen wie beispielsweise das PIMs Syndrom treten bei Kindern eher selten auf.

Jeder, der über Impfwang für Kinder laut nachdenkt, hat nicht primär das Wohl unserer Kinder im Sinn. Es ist unredlich, die Familien durch Androhung des Entzugs von Bildung für ihre Kinder oder gar des Entzugs ihrer Kinder durch den Staat zu erpressen. Rechtens, im Sinne des Grundgesetzes und der Menschenrechte ist es auch nicht, die Bürger Deutschlands, die sich und ihre Kinder nicht impfen lassen wollen, zu entrechten und sie als ‚potenzielle Gefährder‘ zu stigmatisieren, um sie dann aus der Gemeinschaft auszuschließen oder Schlimmeres.

Deutschland, das muss konstatiert werden, ist gerade auf einem ganz schrägen Weg. Unsere Regierung und der Bundestag sind dem Wohle des deutschen Volkes verpflichtet. Nun ist es an der Zeit, dass das Volk im Rahmen geltenden Rechts deutlich macht, was es will und was nicht.

Die AfD-Fraktion lehnt eine solche Politik ab und fordert die Rückkehr zur Normalität für Kinder.“

<https://afdbundestag.de/hoechst-keine-zustimmung-fuer-impfstoff-notfallzulassung-fuer-kinder/>

Antisemitische Ausschreitungen sind direkte Folge der Merkel'schen Einwanderungspolitik

Zu den Ankündigungen von Bundesinnenminister Horst Seehofer, der unter dem Eindruck der jüngsten antisemitischen Ausschreitungen auf Demonstrationen mit der „vollen Härte des Rechtsstaates“ durchgreifen will, erklärt der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Alexander Gauland:

„In der Vergangenheit hat Horst Seehofer allzu oft bewiesen, dass von seinen markigen Ankündigungen wenig bis gar nichts zu halten ist. Es ist leider absehbar, dass es auch diesmal –



wie schon bei zahlreichen angekündigten Abschiebeoffensiven – bei Wortgeklingel und Lippenbekenntnissen bleiben wird.

Die Merkelregierung, der Innenminister Seehofer selbst angehört, hat über viele Jahre unzählige gewaltbereite Antisemiten und Israelhasser unkontrolliert nach Deutschland einwandern lassen. Wenn sich nun die Verantwortlichen dieser Politik über die direkten Folgen davon echauffieren, wirkt das wie Heuchelei.

Antisemitismus, hierzulande oft als ‚Israelkritik‘ verbrämt, ist ein gesellschaftliches Problem, dass über die Gruppe der islamischen Einwanderer hinausgeht. Dies gilt es immer zu bekämpfen. Das Gegenteil aber hat die Merkel’sche Einwanderungspolitik bewirkt und das Problem, gerade mit dem gewaltbereiten Antisemitismus, stattdessen auf dramatische Weise verschärft.

Wem es mit der Bekämpfung von Antisemitismus wirklich ernst ist, der muss die unkontrollierte islamische Masseneinwanderung unterbinden und die Straftäter ohne Wenn und Aber konsequent abschieben.“

<https://afdbundestag.de/gauland-antisemitische-ausschreitungen-sind-direkte-folge-der-merkelschen-einwanderungspolitik/>

Keine Beteiligung der Türkei an einem EU-Verteidigungsprojekt

Medienberichte, wonach die Türkei sich an einem milliarden schweren Infrastrukturprojekt der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbringen will, kommentiert der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel:

„Das von den EU-Verteidigungsministern Anfang Mai beschlossene Infrastrukturprojekt kostet Milliarden und macht Deutschland zur Drehscheibe eines Aufmarsches gegen Russland. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat schon mit ihrer Unterschrift nicht das deutsche Interesse an einem entspannten Verhältnis zu Russland vertreten. Wenn sich nun die Türkei an diesem Infrastrukturprojekt der Europäischen Union beteiligen will, kann auch dies nicht im deutschen Interesse sein. Es reicht schon, wenn das Land immer noch Mitglied der NATO ist, obwohl es sich in den vergangenen Jahren wiederholt im Mittelmeer ausgesprochen aggressiv gegenüber dem NATO-Partner Griechenland und der EU sowie wenig konstruktiv bei den Gesprächen über Zypern verhalten hat.

Ich ahne, dass Ankara seine Beteiligung nicht mit eigenen Mitteln anstrebt, sondern wieder aus den Töpfen der EU schöpfen will. Im Übrigen sollte das Land aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in ein EU-Verteidigungsprojekt eingebunden werden. Wir haben schon genug Probleme mit ihm in der NATO. Wehret den Anfängen!

Daher erwartet die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag von der Bundesregierung eine klare Absage an solche Wünsche aus Ankara.“

<https://afdbundestag.de/hampel-keine-beteiligung-der-tuerkei-an-einem-eu-verteidigungsprojekt/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.5.2021

Änderung des Grundgesetzes zu „Kinderrechten“ ist weder nötig noch sinnvoll

Der Rechtsausschuss des Bundestags hat am Montag eine Anhörung durchgeführt zu dem Vorhaben, im Grundgesetz neue Vorschriften zu ‚Kinderrechten‘ einzuführen. Der AfD-



Bundestagsabgeordnete Fabian Jacobi hat an der Anhörung teilgenommen und sieht sich in seiner Skepsis bestärkt:

„Der Gesetzentwurf der Bundesregierung will in Artikel 6 Absatz 2 GG vier neue Sätze einfügen, um bestehende Grundrechte von Kindern ‚sichtbarer‘ zu machen. Bereits im Vorfeld haben sachkundige Stellungnahmen, etwa von der Bundesrechtsanwaltskammer, die Sinnhaftigkeit dieses Vorhabens stark in Zweifel gezogen. Die Anhörung hat aus meiner Sicht auch nichts anderes ergeben. Selbst wenn man, wie teilweise vorgebracht wurde, ein Umsetzungsdefizit der internationalen Kinderrechtskonvention ausmachen wollte, wäre dieses nicht durch höchst abstrakte Textbausteine im Grundgesetz zu beheben, sondern nur durch konkrete Gesetzgebungsarbeit auf der einfachgesetzlichen Ebene. Auf der anderen Seite wurden überzeugende Gründe gegen eine unnötige Textvermehrung in der Verfassung vorgetragen, etwa die drohende Verschiebung von gesellschaftlichen Entscheidungen aus dem politisch-demokratischen Raum in den Bereich der Verfassungsgerichtsbarkeit. Nach dem Ergebnis der Anhörung halten wir an unserer Ablehnung dieser Grundgesetzänderung fest.“

<https://afdbundestag.de/jacobi-aenderung-des-grundgesetzes-zu-kinderrechten-ist-weder-noetig-noch-sinnvoll/>

Konsequente Anwendung des EuGH-Urteils – sofortige Abschiebung aus Ceuta

Zur massenhaften, illegalen Einreise in die EU über die spanische Enklave Ceuta erklärt der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel:

„Was unsere Bundesregierung gerne verschweigt: schon 2020 hat der EuGH entschieden, dass illegal eingereiste Migranten ohne Verfahren abgeschoben werden dürfen. Warum nutzen die EU-Staaten diese Möglichkeit nicht?

Dies muss nun umgehend in Ceuta erfolgen. Nur mit konsequentem, sofortigem Handeln kann diese Invasion gestoppt werden.

Marokko muss seinen Verpflichtungen, die Kontrolle der marokkanisch-spanischen Grenze zu gewährleisten und die Grenzverletzer zurückzunehmen, umgehend nachkommen. Die EU-Staaten, inklusive Deutschland, müssen jetzt Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit demonstrieren, zum Beispiel durch das Einfrieren von Hilfsgeldern an Marokko (im Jahr 2020 alleine 450 Millionen Euro).

Marokko hat die Schleusen geöffnet und sich offensichtlich die nachgiebige Haltung der EU gegenüber dem türkischen Präsidenten zum Vorbild genommen. Rabat versucht hier, nach türkischem Muster Druck auf die EU auszuüben, um mehr Geld aus Brüssel zu erpressen. Dem darf keinesfalls nachgegeben werden.

Und: Wann richtet die EU endlich Aufnahmelager in Libyen ein, um die afrikanischen Glücksritter, die sich vorsätzlich vor der libyschen Küste in Seenot begeben, umgehend zurückzubringen? Das Sterben auf dem Mittelmeer wäre beendet und dem Geschäftsmodell der ‚Seenotretter‘ die Grundlage entzogen.“

<https://afdbundestag.de/hampel-konsequente-anwendung-des-eugh-urteils-sofortige-abschiebung-aus-ceuta/>



Böhmermanns Kritik an Senkung des Rundfunkbeitrags ist billige Realsatire

Zu den kritischen Äußerungen des Fernsehsatirikers Jan Böhmermann, wonach der FDP-Parteitagbeschluss auf Senkung des Rundfunkbeitrags der AfD-Politik entspräche, äußert sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Ehrhorn, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur- und Medien:

„Herr Böhmermann hat recht mit der Feststellung, dass die FDP hier, wie so häufig, lediglich aus plumpem Wahlkampf-Populismus versucht, die AfD-Forderungen zu kopieren. Anders als die AfD wird die FDP tatsächlich nie eine Beitragssenkung umzusetzen, wenn sie die Möglichkeit dazu hat. Allerdings ist auch Böhmermanns Kritik an der Senkung des Rundfunkbeitrags selbst nur billige Realsatire. Er weiß ganz genau, dass seine Sendung eine der ersten wäre, die im Fall der dringend gebotenen Einkürzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogramms dem Rotstift zum Opfer fiele. Typisch für jeden Salonsozialisten endet Böhmermanns soziales Gewissen dort, wo seine eigenen Pfründe gefährdet erscheinen. Eine Verschlankung des völlig aufgeblähten öffentlichen Rundfunks, der mit einer Beitragssenkung zugunsten der finanziell ohnehin hoch belasteten Bürger verbunden wäre, kommt für ihn aus reinem Eigennutz natürlich nicht in Betracht. Diesmal bedurfte es nicht einmal einer Finca auf Ibiza mit versteckter Kamera, um den käuflichen Charakter eines Prominenten offenzulegen.“

<https://afdbundestag.de/ehrhorn-boehmermanns-kritik-an-senkung-des-rundfunkbeitrags-ist-billige-realsatire/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.5.2021

Verbindungen einer vom Bund geförderten NGO zu palästinensischer Terrorgruppe – Bundesregierung verschleierte Finanzierung

Der entwicklungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Markus Frohnmaier, hat sich in einer seiner Kleinen Anfragen zur Förderung diverser palästinensischer NGOs durch die Bundesregierung auch mit der NGO „Union of Agricultural Work Committees“ (UAWC) befasst.

Die Verbindungen der UAWC zum Terrorismus, insbesondere zur linksextremen Terrororganisation Volksfront zur Befreiung Palästinas (Popular Front for the Liberation of Palestine, PFLP), sind Gegenstand intensiver Berichterstattung im vergangenen Jahr. Bekannt wurde unter anderem, dass die Gehälter von PFLP-Terrorverdächtigen, die für die UAWC gearbeitet hatten, zum Teil aus niederländischen Fördermitteln finanziert wurden. Die niederländische Regierung hatte danach angekündigt, die Kooperation mit der UAWC auszusetzen und die Terrorverbindungen der UAWC zur PFLP zu untersuchen. Das deutsche Auswärtige Amt bestätigte, dass auch die Bundesregierung Projekte der UAWC indirekt gefördert hat.

Unter anderem wollte Frohnmaier in seiner Kleinen Anfrage wissen, welche konkreten Projekte in Kooperation mit der UAWC mit welchen finanziellen Summen in den vergangenen Jahren gefördert worden sind. Auch interessierte sich Frohnmaier dafür, ob die Bundesregierung die Vorwürfe gegen die UAWC mit welchem Ergebnis untersucht hat und ob ein Austausch mit der niederländischen Regierung und der Europäischen Union dazu stattgefunden hat. Die Bundesregierung verweigerte eine öffentliche Beantwortung dieser Fragen. Sie wurden als geheim eingestuft.



Der entwicklungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Markus Frohnia, erklärt dazu:

„Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, in welchem Maße mit ihrem Steuergeld palästinensische Terroristen und terrornahe NGOs gefördert wurden. Bekannt ist bereits, dass deutsches Geld in die Taschen der UAWC geflossen ist. Die Bundesregierung muss das Ausmaß der Finanzierung offenlegen! Insbesondere im Kontext der aktuellen Eskalation des Nahostkonflikts sollten wir die Rolle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den Palästinensischen Autonomiegebieten kritisch hinterfragen. Dort werden zahlreiche palästinensische NGOs von der Bundesregierung gefördert, die sich zur sogenannten BDS-Bewegung bekennen. Der Bundestag hat 2019 die BDS-Bewegung als antisemitisch verurteilt – auch mit den Stimmen der Regierungsfractionen. Dafür klopft die Bundesregierung sich auf die Schultern, in Wahrheit fördert sie aber Judenhasser-Organisationen finanziell und täuscht die Bürger. Die Entwicklungshilfe für Terror-NGOs muss gestrichen werden!“

<https://afdbundestag.de/verbindungen-einer-vom-bund-gefoerderten-ngo-zu-palaestinensischer-terrorgruppe-bundesregierung-verschleiern-finanzierung/>

Statt des entschlossenen Kampfes gegen den importierten islamischen Antisemitismus nur das übliche Geschwafel von der Bundesregierung

Zu den Äußerungen von Merkel, Seibert und Schäuble hinsichtlich der antisemitischen Angriffe auf deutschem Boden erklärt die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch:

„Wenn Merkels Regierungssprecher einräumen muss, dass sich Juden bei uns nicht frei bewegen können, ist das mehr als ‚nur‘ die Kapitulation des deutschen Rechtsstaates vor dem importierten islamischen Antisemitismus. Dass eine Bundesregierung so offen vor dem antisemitischen Straßenterror muslimischer Horden kapituliert, ist angesichts der deutschen Geschichte eine Schande. Die Erklärung der Bundesregierung stellt einen Paradigmenwechsel dar: Erstmals gibt es nach dem Dritten Reich wieder No-Go-Areas für Juden. Es gab einen Konsens: Eine Bedrohung jüdischer Bürger sollte es in Deutschland nach 1945 ‚nie wieder‘ geben. Aber unter Merkel ist aus dem Kampf gegen den Antisemitismus eine leere Phrase geworden, nur das übliche Betroffenheitsgeschwafel statt entschlossener Maßnahmen zum Schutz jüdischer Bürger und Einrichtungen. Über den unerträglichen CSU-Mann Weber in Brüssel, der der AfD die Schuld für die Ausschreitungen zuweist, erübrigt es sich zu reden angesichts offensichtlich massiver intellektueller Defizite.

Wenn die Bundesregierung jetzt einen Bericht vorlegt, in dem sie Antisemitismus mit Muslimfeindlichkeit gleichsetzt, stellt sie Juden auf dieselbe Stufe mit den muslimischen Judenhassern, Opfer und Täter werden gleichgestellt. Das ist kein Kampf gegen den Antisemitismus, das ist Antisemitismus.

Der importierte islamische Antisemitismus und dessen Organisationen müssen in Deutschland mit aller Härte bekämpft beziehungsweise verboten werden und die Auslandsfinanzierung der Moscheen bei uns, insbesondere durch den Antisemiten Erdogan, muss sofort unterbunden werden.

Die Terrororganisation Hamas im Gaza-Streifen und ihre Raketenangriffe auf Israel dürfen nicht länger über die deutsche und die EU-Finanzierung des sogenannten UN-Hilfswerks UNRWA unterstützt werden. Deutschland hat UNRWA in 2020 mit 173 Millionen Euro und die EU hat die



Terrorhelfer mit 157 Millionen Euro gefördert.

Die BDS-Bewegung ist die Klammer zwischen dem linken und dem muslimischen Antisemitismus. Diese gemeinsame Front richtet sich gegen Israel, Deutschland und den Westen. Sie reicht vom Iran bis zu den Grünen, von der Hisbollah bis zu Black Lives Matter, von der Hamas bis zu Fridays for Future.

Als AfD-Fraktion fordern wir die Bundesregierung auf, endlich entschlossen zu handeln, jüdische Bürger in Deutschland und Israel vor deren muslimischen Feinden zu schützen und das jahrzehntealte Phrasenlexikon zu schließen. Die Zeit der hohlen Phrasen ist vorbei.“

<https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-statt-des-entschlossenen-kampfes-gegen-den-importierten-islamischen-antisemitismus-nur-das-uebliche-geschwafel-von-der-bundesregierung/>

Rücktritt von Frau Giffey ein Segen für Familien und Kinder

Zum Rücktritt der Bundesfamilienministerin Giffey kommentiert der familienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Reichardt:

„Der Rücktritt von Frau Giffey ist eine richtige und längst überfällige Entscheidung. Nicht nur wegen des Plagiats der Doktorarbeit, sondern auch wegen ihrer Unfähigkeit als Familienministerin hätte sie zurücktreten müssen. Ihr Standpunkt zu Familien, Kindern und Senioren war des Amtes nicht würdig. Zumal sie sich mehr als Frauen- oder Gleichstellungsministerin, denn als Familienministerin verstand. Ihre Amtszeit war geprägt von Untätigkeit in der Familienpolitik. In der sogenannten Corona-Krise, in der Kinder und Familien besonders leiden, hat sie sich nicht für die Belange von Familien eingesetzt.

Es ist zu hoffen, dass die Wähler bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen richtig abstimmen werden. Besonders für die mir am Herz liegenden Familien und ihre Kinder sowie unsere Senioren, die alle unter den unsäglichen Corona-Maßnahmen zu leiden haben, wünsche ich mir einen Minister, der der Aufgabe gewachsen ist und alle Anliegen ideologiefrei im Blick hat.“

<https://afdbundestag.de/reichardt-ruecktritt-von-frau-giffey-ein-segen-fuer-familien-und-kinder/>

Anstiftung zur Geschlechtsumwandlung in der Pubertät ist ein Verbrechen

Zum Antrag der AfD-Bundestagsfraktion „Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen“ erklärt Beatrix von Storch, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion:

„Der AfD-Antrag zum gelb-grünen ‚Selbstbestimmungsgesetz‘ stellt klar: Die AfD-Fraktion ist gegen sogenannte geschlechtsangleichende Behandlungen und Operationen (faktisch Geschlechtsumwandlungen) bei Kindern und Jugendlichen. Eine so schwerwiegende Entscheidung wie die zur Amputation der Geschlechtsorgane kann allenfalls nur mit der Reife und Einsichtsfähigkeit des Erwachsenenalters getroffen werden.

Die Entwürfe zum sogenannten Selbstbestimmungsgesetz von den Grünen und der FDP liefern Kinder und Jugendliche einer menschenverachtenden Machbarkeitsideologie aus. Schon Kinder ab 14 Jahren sollen auf ihren Wunsch ‚geschlechtsangleichend‘ behandelt werden. Mitten in der Pubertät sollen sie mit Pubertätsblockern und gegengeschlechtlichen Hormonen manipuliert und schon als Minderjährige operiert werden, das heißt Gebärmutter, Brüste und Genitalien entfernt bekommen. Dies soll gegen den Rat von Psychotherapeuten und den Willen ihrer Eltern erlaubt



sein, allein aufgrund der Launen unreifer Jugendlicher, die durch unrealistische, mediale Schönheitsideale verwirrt werden. Dabei ist erst kürzlich die Werbung für Schönheitsoperationen an Jugendlichen gesetzlich verboten worden, weil diese noch zu unreif sind, um die Tragweite solcher Operationen zu erkennen. Operative Korrekturen an den Nasen junger Mädchen gehen zu weit, aber Selbstverstümmelung und Sterilisation sollen gefördert werden – das ist die perverse Transgender-Ideologie, die Grüne und FDP der Gesellschaft aufzwingen wollen mit irreversiblen Schäden für die Betroffenen.“

<https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-anstiftung-zur-geschlechtsumwandlung-in-der-pubertaet-ist-ein-verbrechen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 20.5.2021

Schulen müssen endlich wieder geöffnet werden

Zur Diskussion über die Öffnung der Schulen in Deutschland teilt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Götz Frömming, mit:

„Angesichts der seit Tagen sinkenden Inzidenzwerte ist es völlig unverständlich, dass die Schulen in Deutschland nicht flächendeckend wieder für den Präsenzunterricht geöffnet werden. Ein Blick in Nachbarländer wie Frankreich, die Schweiz oder Österreich zeigt, dass dies möglich ist. Dort spielen die Bildungschancen für die Kinder und Jugendlichen offenbar eine größere Rolle als in Deutschland.

Kaum zu fassen sind die Argumente, mit der in Berlin Schulsenatorin Sandra Scheeres begründet, warum die Schulen bis zu den Sommerferien in fünf Wochen nicht zum Regelbetrieb zurückkehren dürfen: Es sollen so zusätzliche Belastungen für die Schule vermieden werden.

Diese Verweigerungshaltung ist nicht nur gegenüber unseren Kindern, sondern auch angesichts der angespannten Lage in vielen Familien durch die Doppelbelastung durch Kinderbetreuung und Homeoffice völlig unverantwortlich. Hinzu kommt, dass Schulschließungen bei zurückgehenden Infektionszahlen auch rechtlich höchst bedenklich sind. Es darf nicht sein, dass eine Schulsenatorin nach Gutsherrenart entscheidet, ob die Schulen geöffnet oder geschlossen werden.

Dem Recht auf Bildung muss wieder Geltung verschafft werden. Die AfD-Fraktion fordert, dass die Schulen endlich wieder geöffnet werden und die Kinder nicht länger unter der verfehlten Corona-Politik von Bund und Ländern leiden müssen.“

<https://afdbundestag.de/froemming-schulen-muessen-endlich-wieder-geoeffnet-werden/>

Kinder- und Jugendpsychiatrien am Corona-Limit

Der Verband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) berichtet, dass die psychiatrischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen ein noch nie erlebtes Ausmaß angenommen haben. Der Direktor der Kinder- und Jugendpsychiatrie des LMU-Klinikums München bestätigt dies und konstatiert, dass der Bedarf seit einem dreiviertel Jahr merklich angestiegen sei.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Podolay, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:



„Die Regierung kann die eklatanten Defizite in der Kinder- und Jugendlichenversorgung nicht mehr vertuschen und kleinreden.

Zwei Entstehungsfaktoren dieses Desasters müssen hier ganz klar benannt werden: Erstens ist schon lange bekannt, dass die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern in Deutschland am Limit ist, dies auch schon vor Corona, und zweitens, wird von den Fachverbänden und Praktikern ein enormer Zuwachs an Behandlungsbedarf gemeldet, der in Zusammenhang mit der Corona-Krise steht.

Die Psyche der Menschen wird langsam zermürbt. Auch der Regierung muss langsam ein Licht aufgehen, dass Gesundheit aus mehr besteht, als aus dem Schutz vor einem Virus.

Das deutsche Gesundheitssystem wurde jahrelang kaputtgespart und der Bankkaufmann Jens Spahn verpasste diesem den letzten Sargnagel.

Es ist an der Zeit das Bundesgesundheitsminister Jens Spahn die Früchte seines kurzsichtigen Aktionismus erntet und zurücktritt.“

<https://afdbundestag.de/podolay-kinder-und-jugendpsychiatrien-am-corona-limit/>

Weg zum BGH unvermeidbar

In der heutigen Beratungssitzung des Untersuchungsausschusses Wirecard wurde nach Forderung der AfD-Fraktion einstimmig beschlossen, dass der Ermittlungsrichter beim BGH angerufen werden soll, um eine völlige Entstufung des Wambach-Berichts zu erwirken. Bisher liegt eine geschwärzte Fassung des Berichts durch das Sekretariat des Untersuchungsausschusses vor, die keine geheim eingestuften Dokumente mehr enthält. Dies ist die Konsequenz aus der Blockadehaltung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY, die sich nach wie vor weigert einer weitergehenden Entstufung des Wambach-Berichts zuzustimmen.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Wirecard, Kay Gottschalk, hierzu:

„Uns hat sich die Frage gestellt, ob wir dem Vorschlag von EY folgen, dass die Ermittlungsbeauftragten eine Zusammenfassung ihres Berichts erstellen (Executive Summary), die ohne Sachverhalte auskommt, die geheim eingestuft sind, oder ob wir zur vollständigen Transparenz die Entstufung der Geheimhaltung vor dem BGH erwirken wollen.

Auf meinem Vorschlag hin haben wir uns glücklicherweise dazu entschlossen, den Weg zum BGH zu gehen und damit hoffentlich einen Bericht vorlegen zu können, der entscheidende Passagen nicht verschleiert und das Ziel unseres Untersuchungsausschusses zur Transparenz und Aufklärung unterstreicht.

EY hatte eine vollständige Kooperation zur Aufklärung des Sachverhaltes zugesagt, die so leider nicht zustande gekommen ist. Daher sind wir nun zu diesem Schritt gezwungen.“

<https://afdbundestag.de/gottschalk-weg-zum-bgh-unvermeidbar/>

Nationale Tourismusstrategie gänzlich gescheitert?

Die seit Jahren von der Bundesregierung und dem zuständigen Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier versprochene „Nationale Tourismusstrategie“ wird immer mehr zum Phantom.

In der gestrigen Sitzung des Tourismusausschusses sollte das Wirtschaftsministerium die Nationale Tourismusstrategie nach mehr als drei Jahren Verzögerung endlich vorstellen, doch zu Beginn der Sitzung ließen die Koalitionsfraktionen mit ihrer Mehrheit den Tagesordnungspunkt



einfach absetzen. Man sei in den „letzten Vorbereitungen“ und verspreche erneut, dass die Strategie noch in dieser Legislatur kommen werde.

Dazu Sebastian Münzenmaier, tourismuspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion:

„Die Tourismuswirtschaft liegt am Boden und wird seit jeher stiefmütterlich von dieser Bundesregierung behandelt. Aber ein erneutes Absetzen dieses Punktes im Ausschuss gleicht einem Eingeständnis des absoluten Scheiterns.

Von dieser Bundesregierung ist nichts mehr zu erwarten. Die Nationale Tourismusstrategie wird also entweder überhaupt nicht mehr vorgestellt oder uns erwartet eine inhaltsleere PowerPoint-Präsentation, die das eigene Versagen hinter schönen Bildchen verschleiert.

Die Tourismusbranche hat Besseres verdient.“

<https://afdbundestag.de/muenzenmaier-nationale-tourismusstrategie-gaenzlich-gescheitert/>

Ja zum Verbot des grundlosen Kükentötens

Heute wird im Deutschen Bundestag der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Verbot des Kükentötens (BT-Drs. 19/27630) abgestimmt. Die AfD-Bundestagsfraktion wird diesem zwar zustimmen, fordert in einem Änderungs- und einem Entschließungsantrag jedoch noch dringend notwendige Anpassungen. Der agrarpolitische Sprecher, Stephan Protschka, äußert sich dazu wie folgt:

„Fraktionsübergreifend besteht große Einigkeit, dass das grundlose Töten männlicher Eintagsküken verboten werden muss. Nicht zu vernachlässigen ist jedoch, dass deutsche Zoos, Falknereien, Tier- und Wildparks jährlich etwa 31 Millionen Hühnerküken verfüttern. Dies muss unbedingt weiterhin erlaubt bleiben. Ansonsten müssen wir künftig Küken aus dem Ausland importieren oder extra andere Futtertiere züchten. Beides wäre weder nachhaltig noch ressourceneffizient und ist daher abzulehnen.

Uns ist außerdem wichtig, dass es keinen nationalen Alleingang Deutschlands gibt und sich die Bundesregierung für ein europaweites Verbot einsetzt. Flankierend dazu benötigen wir eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für alle Lebensmittel, insbesondere auch für verarbeitete Produkte, damit die Verbraucher ‚kükentötungsfreie‘ Lieferketten einfach und transparent erkennen können.“

<https://afdbundestag.de/protschka-ja-zum-verbot-des-grundlosen-kuekentoetens/>

Nur die AfD-Fraktion steht ein für Meinungsfreiheit im Urheberrecht

Am 20. Mai steht im Bundestag die Verabschiedung des Gesetzes zur Umsetzung der DSM-Richtlinie an. Die EU hat diese umstrittene Richtlinie vor zwei Jahren auf den Weg gebracht.

Sie zwingt Internet-Plattformen wie Youtube und Facebook, Nutzerbeiträge vor dem Hochladen auf mögliche Urheberrechtsverstöße zu prüfen und sie gegebenenfalls zu blockieren. Diese Verpflichtung lässt sich nur mit automatisierten Verfahren („Upload-Filtern“) umsetzen. Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsfaktionen versprochen, auf den Einsatz von Upload-Filtern zu verzichten. Dieses Versprechen haben Union und SPD gebrochen. In Zukunft können alle Nutzerbeiträge blockiert werden, in denen Musik, Filme oder Aussagen anderer Personen aufgegriffen und sodann zum Beispiel als Zitat verwendet oder satirisch verfremdet werden. Über



mögliche Urheberrechtsverstöße entscheiden nicht mehr die Gerichte, sondern der Plattformbetreiber selbst. Die AfD-Fraktion weist als einzige Opposition einen konstruktiven Weg, der die Urheber wirksam vor Plagiaten ihrer Werke im Internet schützt, ohne die Meinungsfreiheit der Bürger anzutasten.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Tobias Matthias Peterka sagt dazu:

„Eine Meinung, die vor ihrer Veröffentlichung einer Kontrolle durch Algorithmen unterzogen wird, ist nicht frei. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wird zu einer beispiellosen Verarmung der geistigen Auseinandersetzung mit anderen Meinungen im Internet führen. Die AfD-Fraktion setzt sich für die Meinungs- und Informationsfreiheit als Grundlage der Demokratie ein. Deshalb bringen wir einen Änderungsantrag ein, der aufzeigt, dass es sehr wohl möglich ist, die EU-Richtlinie umzusetzen, ohne die Grundrechte der Bürger zu beschränken.“

Nachdem die Bundesregierung es seit Jahren zulässt, dass mächtige Social-Media-Anbieter die Veröffentlichung unliebsamer Meinungen unter Hinweis auf den Gummibegriff ‚Hassrede‘ nach Belieben steuern, geht sie nun noch einen Schritt weiter bei der Beschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit im Internet. Auch das zeigt unser Antrag auf.“

<https://afdbundestag.de/peterka-nur-die-afd-fraktion-steht-ein-fuer-meinungsfreiheit-im-urheberrecht/>

„Diplomats of Color“ im Auswärtigen Amt – Obskure Minderheitenvereinigung mit antisemitischem Hintergrund?

Im Auswärtigen Amt gibt es eine Vereinigung von jungen Diplomaten mit Migrationshintergrund, die sich unter der Überschrift „Diplomats of Color“ vernetzt und auch in der Oktoberausgabe der hausinternen Mitarbeiterzeitschrift „intern AA“ (Auflage von über 11.000 Exemplaren) unter der Überschrift „Kampf gegen Rassismus“ vorgestellt haben.

Der „Focus“ wies auf die Abbildung eines Berliner Straßenschildes in dem Heft hin, dessen ursprünglicher Name mit dem Namen des Afroamerikaners George Floyd überklebt worden war. Verdeckt wurde dadurch der Name Bernhard Weiß, jenem jüdischen Vizepolizeipräsidenten, der einst von Goebbels als „Isidor Weiß“ geschmäht wurde und der sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nur knapp ins Exil hatte retten können. Der „Focus“ fragte: „Warum findet das ohne jeden Kommentar seinen Eingang in die Mitarbeiterzeitschrift des Auswärtigen Amtes, also des Ministeriums, an dessen Spitze mit Herrn Maas (SPD) ein Mann steht, der von sich selbst sagt, dass er wegen Auschwitz in die Politik gegangen sei?“

Der Arbeitskreis Außenpolitik der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag wollte sich darum bei der für das Personal zuständigen Abteilungsleiterin des Auswärtigen Amtes und einem Vertreter von „Diplomats of Color“ über den Hintergrund der Pressestory informieren. Das Gespräch mit der Abteilungsleiterin fand zwar Anfang dieser Woche statt, Vertreter der „Diplomats of Color“ blieben dem Treffen jedoch fern.

Dazu äußert der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Armin-Paul Hampel:

„Mein Eindruck ist, dass im Hause Maas genderideologische Vertreter von gesellschaftlichen Minderheiten jenseits von Eignung, Befähigung und Leistung gefördert werden sollen. Eventuelle Probleme muslimischer Diplomaten zum Beispiel mit der deutschen Israelpolitik scheinen ausgeblendet zu werden. Das eine Abteilungsleiterin für Personal nicht einmal die Anzahlen der



Mitglieder dieser Gruppe, deren Aufnahmekriterien oder die organisatorische Zielsetzung weiß, lässt aufhorchen. Und es wundert dann auch nicht, wenn ihr nicht einmal eine Übersetzung der Bezeichnung ‚Diplomats of Color‘ in die deutsche Amtssprache einfällt.“

<https://afdbundestag.de/hampel-diplomats-of-color-im-auswaertigen-amt-obskure-minderheitenvereinigung-mit-antisemitischem-hintergrund/>

Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Franziska Giffey tritt zurück

<https://www.sueddeutsche.de/politik/franziska-giffey-doktorarbeit-ruecktritt-1.5298263>

Giffey tritt zurück: Nachfolgerin steht fest

<https://www.merkur.de/politik/giffey-ruecktritt-merkel-familienministerin-dokortitel-kabinett-berlin-zr-90651893.html>

Baerbock meldet Nebeneinkünfte beim Bundestag nach

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/annalena-baerbock-meldet-nebeneinkuenfte-beim-bundestag-nach-a-f71fafff-a3f0-404c-9fce-b6b75706fada>

Gegen Macron und EU: Millionen Franzosen laufen zu Marine Le Pen über

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/511951/Gegen-Macron-und-EU-Millionen-Franzosen-laufen-zu-Marine-Le-Pen-ueber>

HÖHERE DIÄTEN! SÄCHSISCHER LANDTAG BESCHLIESST UMSTRITTENES ABGEORNETENGESETZ

<https://www.tag24.de/dresden/hoehere-diaeten-saechsischer-landtag-beschliesst-umstrittenes-abgeordnetengesetz-1967051>

Änderungsanträge zum Transsexuellengesetz abgelehnt: FDP und Grüne enttäuscht

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/aenderungsantrag-transsexuellengesetz-abgelehnt-fdp-und-gruene-enttaeuscht/>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08gQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Mehrere Tausend Corona-Infektionen bei vollständig Geimpften

<https://www.msn.com/de-de/gesundheit/medizinisch/mehrere-tausend-corona-infektionen-bei-vollst%c3%a4ndig-geimpften/ar-BB1gJg7g?ocid=sf>



USA macht sich frei: Masken in 24 Staaten weg, Paniker verzweifelt

https://www.achgut.com/artikel/usa_macht_sich_frei_masken_weg_paniker_verzweifelt

Ausbruch trotz vollständiger Impfungen: 17 Corona-Fälle in Seniorenheim

<https://www.rnd.de/panorama/17-corona-faelle-in-seniorenheim-in-hannover-trotz-vollstaendiger-impfung-6TUN2ZB7HFAI7EQW76SRKIMSHE.html>

Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Corona: Mehr als 1.000 Neuinfektionen in Sachsen

<https://www.saechsische.de/coronavirus/coronavirus-sachsen-dresden-leipzig-ticker-inzidenz-impfstoff-lockerungen-5176217.html>

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Junger Mann sticht in Bremer Innenstadt auf 46-jährige Frau ein

<https://www.epochtimes.de/blaulicht/junger-mann-sticht-in-bremer-innenstadt-auf-46-jaehrige-frau-ein-a3515523.html>

Mutmaßlicher afghanischer Bahnhofsschubser festgenommen: AfD fordert Konsequenzen

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/schwerin-bahnhofsschubser-afd/>

Tausende Migranten erreichen spanische Enklave

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/ceuta-stuermung-spanische-enklave-marokko/>

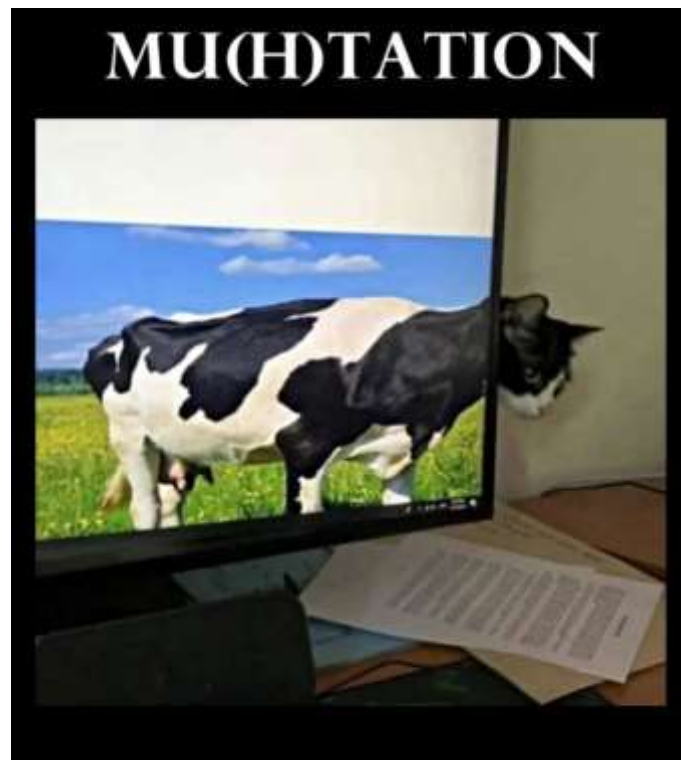
Fakten in Bildern



**Früher hieß es
Grundrecht, heute
nennen sie es
Impfprivilegien!**

Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen